

30 JAHRE

A pyramid-shaped graphic composed of multiple instances of the text "30 JAHRE" stacked together, with the largest instance at the base. The text is rendered in a dark blue color on a lighter blue background.



30 Jahre Freiheitliche Partei Österreichs

**Festakt der FPÖ
am 7. April 1986
im Palais Auersperg
in Wien**



VORWORT

Das Dritte Lager hat es immer wieder verstanden, die Kräfte und Fähigkeiten von Menschen mit unterschiedlicher persönlicher Prägung zu gemeinsamem Handeln zu vereinigen. Dies haben auch jene Protagonisten des VdU, der Freiheitspartei und der Aktion zur politischen Erneuerung bewiesen, denen die FPÖ ihre Gründung verdankt. Das PropONENTENKOMITEE versammelte sich am 27. Oktober und 3. November 1955 und kam überein, die Freiheitliche Partei Österreichs zu gründen. Die Gründer der FPÖ stellten damit eine einheitliche parlamentarische Vertretung des Dritten Lagers sicher.

Zunächst bildeten sich örtliche Gliederungen bei Orts-, Bezirks- und Landesparteitagen. Am 7. 4. 1956 fand dann im Hotel „Weißer Hahn“ in Wien der 1. ordentliche Bundesparteitag der FPÖ – der Gründungsparteitag – statt.

Seither sind 30 Jahre vergangen. Diese 30 Jahre waren für die freiheitlichen Männer und Frauen erfüllt mit harter Arbeit für Österreich.

Bis 1983 hatten wir den Wählerauftrag als Oppositionspartei zu erfüllen. Viele freiheitliche Initiativen trugen sehr wesentlich dazu bei, Parlamentarismus und Demokratie zu beleben. Das gilt für die Einführung des amtlichen Stimmzettels wie für die Fragestunde im Nationalrat. Ein faires Wahlrecht auf Bundesebene sichert auch kleineren Parteien eine gerechte Vertretung – ein Erfolg freiheitlicher Beharrlichkeit. Dazu kommen die Schaffung politischer Akademien und der Volksanwaltschaft. All diese Erfolge zeugen beredt vom zähen Ringen der Freiheitlichen für mehr Demokratie in Österreich.

Der Eintritt in die Bundesregierung im Jahr 1983 machte es möglich, daß die Freiheitlichen noch wirksamer unsere Heimat gestalten und deren Zukunft mitbestimmen sowie ihre Grundsätze in die Tat umsetzen können. Die günstigen Daten, auf die Österreich in Fragen der Wirtschaft, der Umwelt und der Sicherheit verweisen kann, belegen die erfolgreiche Arbeit, die die Freiheitlichen auch in der Regierungsverantwortung für Österreich leisten.

Mit Freude und Stolz auf das Vollbrachte haben wir daher am 7. 4. 1986 im Palais Auersperg in Wien unseren dreißigsten Geburtstag gefeiert. Das Freiheitliche Bildungswerk – unsere politische Akademie – sieht es selbstverständlich als Ehre, Aufgabe und Pflicht zugleich, diesen würdigen Festakt gebührend zu dokumentieren.

Vielen freiheitlichen Menschen wird diese Festschrift manches in Erinnerung rufen, was sie oft selbst erlebt – ja selbst mitgestaltet und geprägt haben. Die Jugend aber machen wir vertraut mit der Vergangenheit. Unsere Jungen sollen jetzt und auch in Zukunft wissen, in welcher Tradition sie stehen. Das Wissen um die Vergangenheit ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Bewältigung von Gegenwart und Zukunft.

In diesem Sinne lege ich die Dokumentation der kritischen Leserschaft vor. Möge dieses Werk dazu beitragen, daß man zweifelsfrei erkennt: Österreich braucht die FPÖ – so wie einst auch jetzt und in Zukunft.

Auf eine gute Zukunft des traditionsreichen Dritten Lagers!

Ihr



Horst Schender
Obmann des Freiheitlichen Bildungswerkes

ERWIN HIRNSCHALL

Einführung *

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenige Schritte von hier entfernt, im engen und bescheidenen Saal des Hotels „Weißer Hahn“ in der Josefstädterstraße, hat auf den Tag genau vor 30 Jahren – und auch etwa zu dieser Stunde – der Gründungsparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs stattgefunden.

Ich habe damals als jüngstes Mitglied des Proponentenkomitees, das im wesentlichen aus Vertretern der Kriegsgeneration aber auch noch vielen Vertretern der Politikergeneration der Ersten Republik zusammengesetzt war, die mühevollen Vorbereitungsarbeiten zur Parteigründung miterlebt.

Vom VdU zur FPÖ

Wir sind danach alle unter dem tiefen Eindruck der Enttäuschung gestanden, die das Scheitern des VdU in unserem Lager ausgelöst hat – einer politischen Bewegung, die 1949 allen Schwierigkeiten von Regierung und Besatzung zum Trotz mit 16 Parlamentsmandaten schlagartig zur Dritten Kraft in Österreich aufgestiegen war und dazu berufen schien, die politische Tradition der nationalliberalen Mittelparteien der Ersten Republik weiterzuführen.

* *Eröffnungsansprache von LAbg. Dr. Erwin Hirschall, geschäftsführender Landesparteiobmann von Wien, anlässlich des Festaktes „30 Jahre Freiheitliche Partei Österreichs“ am 7. April 1986.*



LAbg. Dr. Erwin Hirschall bei seiner Eröffnungsrede.

Original: Bernhard J. Holzner

Der Verband der Unabhängigen ist bei allem Elan und aller Begeisterung, die er mobilisieren konnte, sehr rasch gescheitert.

Weniger an den sicher auch vorhandenen äußeren Schwierigkeiten, als viel mehr an der Unfähigkeit, den Übergang von einer emotionell getragenen Protestbewegung zu einer gestaltenden politischen Kraft mit einer klaren programmatischen Zielsetzung zu finden, was sich immer stärker auch in unüberbrückbaren persönlichen Gegensätzen ausgedrückt hat.

Die eigene Erfahrungen haben seither auch viele andere neue Gruppen im In- und Ausland machen müssen.

1954/1955 sind wir jedenfalls in Österreich und vor allem auch hier in der Bundeshauptstadt vor einem Scherbenhaufen gestanden, und es hat unzählige Anläufe und miteinander konkurrierende Versuche gegeben, das politische Erbe anzutreten.

Proponentenkomitee schafft Einigung

Rückblickend betrachtet, grenzt es fast an ein Wunder, daß jene Initiative, die mit der Bildung eines Proponentenkomitees am 18. Oktober 1955 begonnen hatte, den dornenvollen Weg über Urwahlen in Bezirken und Ländern bis zu diesem Gründungsparteitag und darüber hinaus geschafft hat.



Gründungsparteitag der FPÖ am 7. April 1956 im Hotel „Weißer Hahn“ in Wien.

Original: Archiv NFZ

Es war eine Einigung buchstäblich in letzter Minute, denn fünf Wochen später, am 13. Mai 1956, hatten wir als Oppositionspartei gegenüber einer Regierung, die sich darauf berufen konnte, gerade erst den Staatsvertrag und den Abzug der Besatzungstruppen zustandegebracht zu haben, politisch unendlich schwierige Nationalratswahlen zu schlagen.

Wir haben diese Bewährungsproben bestanden und die parlamentarische Vertretung der FPÖ erkämpft – in den Wiener Wahlkreisen übrigens mit Willfried Gredler an der Spitze, der dann auch der 1. Klubobmann geworden ist. Bei der nächsten Gelegenheit gelang auch der Einzug in den Wiener Landtag und Gemeinderat.

Der Platz in der Mitte

Der FPÖ ist auch in den folgenden drei Jahrzehnten nichts geschenkt worden – sie hat sich mit großer Zähigkeit ihren Platz in der politischen Mitte erkämpft. Und es war auch eine mehr als symbolhafte Entscheidung in diesem Frühjahr 1956, in allen gesetzgebenden Körperschaften die Flügelplätze rechts jenseits der ÖVP aufzugeben und die Plätze in der Mitte zwischen SPÖ und ÖVP zu beanspruchen.

Diese äußerliche Positionierung war die ganzen Jahre hindurch von einer behutsamen aber konsequenten Programmarbeit begleitet, die in der FPÖ immer einen besonderen Stellenwert gehabt hat.

Der Freiheit verpflichtet

Vor allem aber hat die Partei in diesen drei Jahrzehnten ein immer stärkeres Gefühl der Verantwortung für unsere Republik entwickelt – in den langen Jahren der Opposition und im besonderen Maße seit dem Eintritt in die Bundesregierung.

In dieser täglichen politischen Bewährung fühlt sich unsere Partei der Idee der Freiheit heute ebenso verpflichtet wie an ihrem ersten Tag, als der Gründungsauftrag uns auferlegt hat, in der Freiheit nicht nur ein Recht zu sehen, sondern auch die Verpflichtung, jederzeit für ihren Bestand zu kämpfen.

WOLFGANG MISCHNIK

Grußadresse der FDP *

Herr Vorsitzender und Vizekanzler Norbert Steger,
lieber Fritz Peter,
liebe Freunde der FPÖ, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herzlichen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, zu Ihnen zu sprechen.

Ich freue mich, Ihnen die besten Grüße und Wünsche des Vorsitzenden der Freien Demokratischen Partei und Wirtschaftsministers Martin Bangemann, des Bundesvorstandes der FDP und der FDP-Bundestagsfraktion übermitteln zu können und natürlich ganz besonders Ihnen meine Glückwünsche zu sagen. Wie schon so oft, bin ich auch heute wieder gerne zu Ihnen gekommen.

FDP und FPÖ verbindet langjährige Freundschaft und Zusammenarbeit

Ich fühle mich mit vielen von Ihnen seit Jahren politisch und freundschaftlich verbunden.

Die Zusammenarbeit, insbesondere zwischen Fritz Peter und dem Club und mir und der FDP-Bundestagsfraktion, währt nun schon über Jahrzehnte.

** Grußadresse der FDP von Wolfgang Mischnik, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag, anlässlich des Festaktes „30 Jahre Freiheitliche Partei Österreichs“ am 7. April 1986.*



Wolfgang Mischnik, Vorsitzender der FDP – Fraktion im Deutschen Bundestag übermittelt die Grüße und Glückwünsche der FDP.

Original: Bernhard J. Holzner

Sie war immer fruchtbar und gewinnbringend für mich und meine Freunde und – wie ich hoffe – auch für Sie.

Ich kann mich noch an die Anfänge der FPÖ erinnern, auch an die Vorgänger der heutigen Partei.

Schon in den 50er Jahren waren die Kontakte zu dem Landesverband der FDP, dem ich angehöre – dem hessischen – besonders eng. Private Neigungen, nach Österreich in Urlaub zu fahren, und politische Verbindungen verwoben sich sehr schnell miteinander.

Ich denke in diesem Augenblick auch an einen Mann, wie zum Beispiel Fritz Neugebauer, aus den Anfangszeiten.

Wir begehen in diesen Monaten in der Bundesrepublik Deutschland unser 40jähriges Bestehen.



Eine FPÖ-Delegation (Dr. Willfried Gredler, Dr. Jörg Kandutsch, Gustav Zeillinger, Friedrich Peter v. l. n. r.) am FDP-Bundesparteitag 1958 in Düsseldorf

Original: F. Peter

Da ich selbst zu denjenigen gehöre, die schon 1945 ihre politische Arbeit aufnahmen, besteht natürlich die Neigung, den Rückblick sehr weit zu spannen, Gegenwart und Zukunft dabei zu vernachlässigen. Ich will dieser Versuchung widerstehen.

Nur der Liberalismus gibt umfassende Antworten auf die Fragen der Zukunft

Selbstverständlich sind Erfahrungen der Vergangenheit wichtige Ratgeber bei der Lösung der Fragen, die heute vor uns liegen oder die uns morgen und übermorgen gestellt werden.

Eines wird aber immer gleich bleiben, gleich bleiben müssen: Für uns freiheitlich denkende Menschen kann es nur liberale Lösungen der Probleme geben.

Gerade die Erfahrungen in unseren beiden Ländern und darüber hinaus zeigen doch, daß weder sozialistische noch konservative Vorstellungen umfassende Antworten auf die rasante Entwicklung unserer Zeit geben können.



Gute Zusammenarbeit:
Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher und Vizekanzler Dr. Norbert Steger.
Original: Bernhard J. Holzner

Das gilt für alle Bereiche der Politik, seien es wirtschaftliche, finanzpolitische, sozialpolitische, agrarwirtschaftliche oder auch außenpolitische Fragen.

Starre Denkschemen eignen sich immer weniger dazu, die technischen Fortschritte auch gesellschaftspolitisch zu meistern.

Die Umstrukturierung unserer Arbeitswelt verlangt immer neue Anstrengungen, um die daraus entstehenden Folgen human bewältigen zu können.

Aber wir müssen auch die wachsende Neigung bekämpfen, technischen Fortschritt nur als Übel zu begreifen.

Ist es nicht begrüßenswert, daß heute immer weniger Menschen härteste körperliche Arbeit verrichten müssen, weil sie ihnen in wachsendem Maße durch Maschinen abgenommen wird?

Werden die negativen Auswirkungen der Fließbandarbeit, die wir über lange Zeit beklagt haben, nicht durch den ständig stärker werdenden Einsatz von Robotern gemildert?

Ist es wirklich nur beklagenswert, daß immer mehr Menschen in der Dienstleistung tätig sind und immer weniger in Staub und Lärm der Fabrikhallen schaffen müssen?

Natürlich verkenne ich nicht, wie schwierig die Umstellung für jeden einzelnen ist, wenn der gewünschte Lebensberuf aufgegeben und eine Umschulung, Umstellung vorgenommen werden muß.

Liberale sind ständig gefordert

Dies sind alles Fragen, die von uns Liberalen Antwort erheischen, die uns zwingen, uns ständig aufs Neue mit der Forderung auseinanderzusetzen, die Freiheit des einzelnen zu sichern und seine Abhängigkeit von Dritten zu mildern.

Galt es früher, diese Freiheit gegenüber Fürsten, Kirchen und der Obrigkeit des Staates zu erkämpfen und zu verteidigen, so muß heute die freie Entwicklung des einzelnen Menschen gegenüber mächtigen gesellschaftlichen Gruppen sowie vor den technischen Möglichkeiten – Datenverarbeitung und der daraus praktizierten Überwachung – geschützt werden.

Und ist nicht auch ein anderes Kapitel von immer größerer Bedeutung? Ich denke an die modernen Informationsmöglichkeiten. Noch nie war für jeden einzelnen die Chance so groß, sich über alle Geschehnisse und Entwicklungen zu informieren.

Gleichzeitig müssen wir aber auch feststellen, daß durch die Monopolisierung von Informationsquellen und Übermittlungssystemen noch nie die Gefahr so groß war, durch gezielte Desinformation Meinungen zu beeinflussen und sie dadurch für bestimmte Meinungsbildner gefügig zu machen.

Das Recht auf Informationsfreiheit muß heute mit dem Schutz vor Desinformation und dem Schutz vor gefilterter oder gefärbter Informationsgebung – insbesondere bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten – verbunden werden.

Voller Einsatz für den Frieden

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde.

Es gäbe noch viele Gedanken zu vertiefen, aber ich möchte mein Grußwort nicht ungebührlich ausdehnen.

Lassen Sie mich eines noch hinzufügen: Wichtig bleibt für uns alle hier mitten in Europa und möglichst darüber hinaus, den nun 40 Jahre dauernden Frieden zu erhalten und zu sichern.

Deshalb müssen wir – ganz gleich, ob in Bündnissen stehend oder der Neutralität verpflichtet – unsere gemeinsamen Kräfte zusammenfließen lassen in dem Bemühen, endlich zu tatsächlichen Abrüstungsvereinbarungen zu kommen.

Wir aus den mittleren und kleineren Staaten können dazu nur einen Beitrag leisten; die eigentlichen Entscheidungen fällen die Großmächte.

Aber wir sollten unsere Einflußmöglichkeiten nicht unterschätzen. Die geballte Kraft der mittleren und kleineren Staaten, wie sie zum Beispiel bei der KSZE und deren Nachfolgekongressen schon mehrfach eingesetzt worden ist, kann auf Dauer von den Großmächten nicht ignoriert werden.

Nutzen wir unsere Kräfte klug und geschickt, wenn es auch viel Geduld erfordert, um das Ziel zu erreichen.

Drei Jahrzehnte harte Arbeit

Meine Damen und Herren, liebe Freunde!

30 Jahre Parteigeschichte sind drei Jahrzehnte mühseliger Arbeit hunderter, ja tausender Mitarbeiter im ganzen Lande.

Nur wer selbst diese politische Arbeit im Ort, in der Stadt, im Kreis oder im Lande geleistet hat, vermag einzuschätzen, wieviel Einsatzbereitschaft, aber auch Verzicht an Privatleben dahintersteckt. Dies alles hat sich gelohnt, wenn man feststellen kann: Wir haben mitgestalten können, was nicht nur heute, sondern auch morgen für unsere Kinder und Kindeskinde Bestand hat.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen weiterhin viel Erfolg und alles Gute.



Volles Haus zur Geburtstagsfeier
Original: Bernhard J. Holzner

URS SCHÖTTLI

Grußadresse der Liberalen Internationalen *

Herr Bundesparteiobmann, sehr verehrte Damen und Herren!

Ich überbringe hier die Grüße und Glückwünsche des Vorstandes der Liberalen Internationalen, der Weltvereinigung von liberalen und demokratischen Parteien und insbesondere ihres Präsidenten Giovanni Maglodi, der erst vor kurzem hier einen Besuch abgestattet hat.

Internationaler Liberalismus ohne Österreich undenkbar

Es ist eine persönliche Genugtuung für mich, hier heute anwesend zu sein, weil ich mit einigen Freunden der Liberalen Internationalen immer der Ansicht war, daß der internationale Liberalismus ohne eine starke Präsenz des österreichischen Liberalismus unvollständig ist. Es muß an dieser Stelle im Namen der Liberalen Internationalen gesagt werden, daß es für uns kein Europa geben kann ohne den Einschluß Österreichs, ohne den Einschluß Wiens. Und das deshalb, weil die liberale Entwicklung in Österreich für uns als Liberale Internationale von immenser Wichtigkeit ist.

* *Grußadresse der Liberalen Internationalen von Urs Schöttli, Vizepräsident und Generalsekretär der Liberalen Internationalen, anlässlich des Festaktes „30 Jahre Freiheitliche Partei Österreichs“ am 7. April 1986.*



Urs Schöttli, Vizepräsident und Generalsekretär der Liberalen Internationalen, überbringt die Glückwünsche der LI.

Original: Bernhard J. Holzner

Der Attersee-Kreis, die Arbeit des jetzigen Bundesparteiobmannes, aber auch – das möchte ich hier ganz besonders erwähnen – die fundamentale Arbeit von Klubobmann Friedrich Peter, der diese Partei zu dem gemacht hat, was sie heute ist, hat uns überzeugt, als wir damals in der Liberalen Internationalen für die Aufnahme der FPÖ eintraten. Wir wußten, daß die Liberale Internationale durch diese Partei profitieren wird.

Liberale formten Österreich

Denn wie wenige andere europäische Staaten ist Österreich seit dem 19. Jahrhundert entscheidend vom liberalen Gedankengut und liberalen Staatsmännern geformt worden. In der Tat läßt sich behaupten, daß das heutige Österreich ohne die Liberalen nicht existieren würde, ja die schweren Prüfungen der jüngsten Geschichte nicht überstanden hätte.

„Rot“ und „Schwarz“ übersehen gerne die Leistungen des Liberalismus

Diese Tatsachen werden angesichts der Dominanz der Roten und der Schwarzen in der österreichischen Nachkriegsgeschichte leicht und von manchen willentlich übersehen. Solche Geschichtsklitterungen sind natürlich keine Spezialität der österreichischen Sozialisten und Konservativen. Die Liberalen sehen sich mit ihnen in der ganzen Welt konfrontiert. Ich sehe in diesem Wunsch, diesem heiligen Wunsch der Rechten und der Linken, die Liberalen aus dem politischen Feld zu drängen, ein Schwächezeichen dieser Bewegungen.

Kaum eine Regierung in Westeuropa ohne „Liberales Zentrum“

Beide wissen, daß sich heute in Westeuropa, von der unseligen Ausnahme Großbritanniens abgesehen, keine Regierung ohne den Einbezug des liberalen Zentrums bilden läßt.

Dies läßt sich natürlich auf zwei Wegen erreichen, zum einen durch eine Koalition mit den Liberalen, wie es hier geschehen ist, zum anderen indem konservative und sozialistische Parteien versuchen, sich ein liberales Mäntelchen umzuhängen.



Der internationale Liberalismus lebt! Gaston Thorn, der ehemalige Präsident der LI, im Gespräch mit Dr. Norbert Steger

Original: Max Scherer

Die „Liberalen Mäntelchen“ der „Strauße“ und der „Schmidts“

Das Letztere ist für uns Liberale in manchen Staaten eine große Gefahr, weil der Wähler sich dadurch leicht in die Irre führen läßt. Aber ich sage immer, für uns Liberale ist das Entscheidende, daß wir Liberale sind, auch dann, wenn es unpopulär ist. Die anderen, die „Strauße“ und die „Schmidts“ zur Rechten und zur Linken, nennen sich Liberale, wenn sie noch 2 bis 3 Prozent an Stimmen dazugewinnen können, um dann die Mehrheit zu haben.

Macht muß geteilt und kontrolliert werden

Und der entscheidende Moment, wo ich glaube, daß wir Liberalen uns von allen Gruppen unterscheiden, ist, daß wir die Machtmonopole bekämpfen. Das entscheidende liberale Credo ist, daß wir wissen, daß Macht geteilt und kontrolliert werden muß.

Ich bin deshalb sehr froh, daß jetzt, heute, in diesem Staate eine Partei in der Regierung ist, die diesem Prinzip verpflichtet ist. Denn – erlauben Sie mir das als Ausländer, als Schweizer zu sagen – mir kam es manchmal unheimlich vor, wie über die großen ideologischen Differenzen zwischen Roten und Schwarzen hinweg ein gemeinsames Interesse vorhanden war, die Macht zu verwalten. Das ist auch nicht typisch österreichisch, wenn Sie zum Beispiel die Frage der Wahlrechtsreform in Großbritannien nehmen. Dort sitzt die linksextreme Labour-Partei, geführt von Benn und Kinnock, im gleichen Boot wie Margaret Thatcher, weil sie wissen, daß, wenn es ein proportionales Wahlsystem gäbe, weder Labour noch die Konservativen das Land regieren könnten.

Österreich und der internationale Liberalismus

Unter diesem Gesichtspunkt möchte ich auch kurz erwähnen, wie wichtig es ist, in Österreich selbst die Beziehungen zum Internationalen Liberalismus darzustellen, denn zur Linken als auch zur Rechten hat man versucht, die Internationalen hoch zu bringen. Herr Kreisky war sehr aktiv in der Sozialistischen Internationalen. Herr Mock ist in einer Internationalen aktiv, die noch im Anfangsstadium ist, der sogenannten IDU.



Pressekonferenz mit Giovanni Malagodi, dem derzeitigen Präsidenten der LI.
Original: Bernhard J. Holzner

Die LI ist eine Föderation freier Parteien

Und das unterscheidet die drei Internationalen voneinander, wie ich glaube, in einem ganz fundamentalen Punkt: Wir in der Liberalen Internationalen kennen erstens keine Monsterparteien. Zum zweiten sind wir eine Föderation freier Parteien, die aus ihren nationalen Erfahrungen herausgewachsen sind, die ihre eigenen Entwicklungen genommen haben im Liberalismus, die aber gemeinsam eintreten für die Verteidigung von Menschenrechten, von politischen Rechten, von Marktwirtschaft und von internationaler Ordnung, die zum Frieden führen soll.

Bewegen sich alle Mitgliederparteien der SI noch auf dem Boden der Demokratie?

Auf der linken Seite, der Sozialistischen Internationalen, beginnt es bereits zu brennen, wenn die Frage kommt, ob überhaupt alle Parteien noch auf dem Boden der Demokratie stehen. Denn, wie Sie wissen, vertreten führende Mitglieder der Sozialistischen Internationalen in Nicaragua die Position der Sandinisten, und für mich ist die Position der Sandinisten eine freiheitsfeindliche Position.

Was steht am Ende einer konservativen Regierung?

Und auf der anderen Seite, der IDU, muß man natürlich sagen, daß die Leute, die sich mit Margaret Thatcher gerne auf Cocktails sehen lassen wollen, auch daran erinnert werden müssen, daß Margaret Thatcher – wie ein Marxist in England das sagte – das getan hat, was nicht einmal die Marxisten fertig bringen würden: Sie hat die britische Industrie völlig ruiniert, mit Ausnahme der City of London und des Erdöls, das auch jetzt nicht mehr so viel wert ist, sonst hat sie nichts mehr übrig gelassen. Und wenn die Leute, die in der IDU sitzen, denken, sie können mit ihrer konservativen Prominenz die Leute blenden, dann muß man sie daran erinnern, was am Ende einer konservativen Regierungszeit steht. Und das werden wir hoffentlich schon bald in Großbritannien sehen, wenn es den Liberalen zufallen wird, diesen Staat wieder auf die Schiene zu bringen.

Österreich braucht die FPÖ

All dies, meine Damen und Herren, so wissen wir, ist nur möglich, wenn der Liberalismus zu Hause blüht und gedeiht, und in diesem Sinne wünsche ich der FPÖ einen erfolgreichen Schritt in ein erfolgreiches viertes Jahrzehnt. Österreich bedarf der FPÖ heute mehr denn je.

FRIEDRICH PETER

30 Jahre Freiheitliche Partei Österreichs *

Auf den Tag genau vor 30 Jahren fand im Hotel „Weißer Hahn“ in der Wiener Josefstadt der Gründungsparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs statt. Ich erlebte ihn als junger Mann mit 35 Jahren, der aus dem Kreis jener kam, die nicht dem VdU angehörten, mit diesem aber sympathisierten und denen der Niedergang des Verbandes der Unabhängigen nicht gleichgültig war.

Die nach außenhin sichtbare Zäsur für diesen Abschwung war die Nationalratswahl 1953, für die der damals bekannte Kommentator Vinzenz Ludwig Ostry dem VdU – ich werde das nie vergessen – vor dem Wahltag noch einen zehnpromzentigen Stimmengewinn prophezeite. Tatsächlich aber fiel der VdU von 16 auf 14 Mandate.

Schwere innere Streitigkeiten und nicht zuletzt das konsequente Liebeswerben der ÖVP und der SPÖ um jene VdU-Anhänger, die durch die damalige Ausnahmegesetzgebung ihren Beruf als Ärzte, Anwälte oder Ingenieure nicht ausüben konnten, trieben den Verband der Unabhängigen in einen krisenhaften Zustand. Die Vorfeldorganisationen der ÖVP und SPÖ, der Bund Sozialistischer Akademiker und der der ÖVP nahestehende Akademikerbund, hatten als eine Art „politische Rückführungsorganisation“ der großen Koalition in den Fünfzigerjahren ihre Blütezeit.

*) Festvortrag von Klubobmann Abg. z. NR Friedrich Peter anlässlich des Festaktes „30 Jahre Freiheitliche Partei Österreichs“ am 7. April 1986.



30 Jahre erlebte Geschichte: Klubobmann Friedrich Peter
Original: Bernhard J. Holzner

Auf dem Weg zur Erneuerung

In den Anfang der Fünfzigerjahre fiel auch die Wiedererrichtung und Erneuerung des national-freiheitlichen Vereinsgefüges. Der Bogen reichte vom Österreichischen Turnerbund bis zu den Freiheitlichen Akademikerverbänden. Das waren jene Kreise, die es zwar dem VdU nicht gerade leicht machten, viel an ihm kritisierten, letzten Endes aber an der Existenzsicherung der 1949 entstandenen politischen Vertretung des national freiheitlichen Lagers, dem Verband der Unabhängigen, in einem mehr oder weniger hohen Maße interessiert waren. So stieß ich als Vertreter des Oberösterreichischen Landeslehrervereines 1953 zur Gesprächsrunde dieser Vereine im „Grünen Salon“ des „Schwechater Hofes“ in Linz.

Es ergaben sich bewegte Diskussionen. Viele Reformideen wurden – oft recht widersprüchlich – abgehandelt. Allmählich kristallisierten sich zwei Strategien heraus: Die einen waren für die Zertrümmerung des VdU, um dann darauf eine neue Partei aufzubauen. Die anderen fragten, wie aus kärglichen Trümmern eine neue Partei entstehen sollte. Ich erspare Ihnen die Schilderung eines fast zweijährigen sehr wechselhaften und oft recht unerfreulichen Geschehens.

Einigung in letzter Minute

Mehr und mehr setzte sich die Erkenntnis durch, daß das Erneuerungswerk nur in einem Miteinander und nicht in einem Gegeneinander gelingen könne. So kam es eher fünf Minuten nach als vor zwölf und unter dem Druck der im Oktober 1955 ins Haus stehenden oberösterreichischen Landtagswahl zum einigenden Kompromiß.

Anfang September des Staatsvertragsjahres verkündeten Max Stendebach und Anton Reinthaller im Linzer Märzenkeller, daß VdU, Freiheitspartei und Parteilose bei der Landtagswahl mit der Liste der FREIHEITLICHEN WAHLGEMEINSCHAFT gemeinsam antreten werden.

Das war eine entscheidende Vorstufe für die am 7. April 1956 erfolgte Gründung der FPÖ.

Ein Viererausschuß, bestehend aus Max Stendebach und Jörg Kandutsch für den VdU sowie Anton Reinthaller und Emil van Tongel für die Freiheitspartei, leistete entscheidende Vorarbeit im Sinne der erfolgreichen Wegbereitung.

Ich bitte um ihr Verständnis, wenn ich nicht auf die historischen Abläufe im einzelnen eingehe, etwa wie und warum es zur Gründung von Reinhallers Freiheitspartei – der Tongel und ich entstammen – gekommen ist und welche tragende Rolle dabei der VdU-Landesverband Kärnten gespielt hat, der von Wilhelm Kaufmann und Reinhold Huber geschlossen in die Freiheitspartei übergeführt wurde. „Die Geschichte der Freiheitlichen“ von Kurt Piringer gibt demjenigen Aufschluß, der darüber näher informiert werden will. *)

Dank an Kraus und Reimann

An dieser Stelle gebührt ein Wort des herzlichen und aufrichtigen Dankes an Herbert Alois Kraus und an Viktor Reimann für ihre verantwortungsvolle, risikoreiche und staatsnotwendige Arbeit als geistige Wegbereiter und Gründer des Verbandes der Unabhängigen. Ohne ihre und ihrer Freunde wagemutige politisch-demokratische Pionierarbeit gäbe es keine FPÖ und damit keine Dritte Kraft in der Zweiten Republik.

Es ist uns allen eine große Freude und mir persönlich eine aufrichtige Genugtuung, daß wir sie heute unsere Freunde nennen dürfen.

Das Wahlergebnis der oberösterreichischen Landtagswahl vom Oktober 1955 löste einen Schock aus: Von den zehn Landtagsmandaten des VdU blieben vier für die FREIHEITLICHE WAHLGEMEINSCHAFT übrig, eines entfiel auf mich.

Die neugegründete FPÖ mußte sich dann auch gleich im Gründungsjahr 1956 ihrer ersten Nationalratswahl stellen, bei der es ihr nicht besser ging als der Freiheitlichen Wahlgemeinschaft beim oberösterreichischen Regionalwahlgang: Von den 14 VdU-Mandaten konnte die junge FPÖ nur noch sechs Mandate nach Hause bringen.

Ein Wort zur Disziplin

Warum behellige ich Sie mit dieser unerfreulichen Erinnerung überhaupt bei dieser Festveranstaltung? Deswegen, weil sich damals eine Erkenntnis unauslöschlich in meinem Bewußtsein festgesetzt hat: Vermeide um der Einheit der Sache willen Streit, wann immer es geht. Die Partei ist zu klein, um zu harten Belastungsproben ausgesetzt zu werden.

*) Vgl. dazu Kurt Piringer, *Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik*. Wien, 1982.

Männer u. Frauen Oberösterreichs!

Aus der zwingenden Notwendigkeit, den Totalitätsansprüchen der Koalitionsparteien ein starkes Gegengewicht zu schaffen, haben sich die freiheitlich-nationalen Kräfte Oberösterreichs zu einer Wahlgemeinschaft zusammengeschlossen.

Diese wird bei den kommenden Herbstwahlen durch eine gemeinsame Liste allen zwischen Schwarz und Rot stehenden Wählern die weitere Vertretung in den gesetzgebenden Körperschaften und Gemeindeverwaltungen sichern.

Unterstützt von allen national-freiheitlichen Verbänden und parteilosen Persönlichkeiten, wird der VdU zusammen mit der Freiheitspartei unter der Listenbezeichnung

Freiheitliche Wahlgemeinschaft

VdU • FP • Parteilose

einig und entschlossen im Wahlkampf antreten.

Diese Wahlgemeinschaft ist der Ausgangspunkt für eine neue politische Kräftegruppierung, die in klarer Zielsetzung ihrer Bestrebungen ein starkes und einiges Sammelbecken der national-freiheitlichen Wählerschaft darstellt, damit der soziale Gedanke einer echten Volksgemeinschaft endlich verwirklicht wird.

Max Stenobach

Bundesobmann des VdU

Anton Reinthaller

Bundesobmann der Freiheitspartei

Friedrich Peter

Landesobmann der Freiheitspartei

Dr. Oskar Wetzi

für die national-freiheitlichen Verbände

Georg Grünbart

Landesobmann des VdU

Höre uns, bevor Du Deine Stimme abgibst! AUCH DICH GEHT ES AN!

Wahlplakat der „Freiheitlichen Wahlgemeinschaft“ für die oberösterreichische Landtagswahl
am 23. 10. 1955

Diesem Grundsatz bin ich in den 20 Jahren meiner Bundesparteiobmann-tätigkeit – manchmal schweren Herzens – treu geblieben. Ich verhehle aber nicht, das eine oder andere Mal hart an der Erträglichkeits- und Zumutbarkeitsgrenze gestanden zu sein. Und es hat in diesen zwei Jahrzehnten sicher auch einige Einzelfälle gegeben, in denen die eigene Selbstdisziplin durch die Disziplinlosigkeit des einen oder anderen überstrapaziert wurde.

Dies besonders dann, wenn sogenannte Nonkonformisten sich wichtiger als die gemeinsame Sache genommen haben. Mit einem solchen Fall von Eigenwilligkeit oder vielleicht auch Altersstarrsinn sind wir leider auch in der jetzigen Situation wieder konfrontiert.

In eigener Sache

Nachdem ich am 14. Mai über eigenen Wunsch ausscheide und in Pension gehe, werde ich mich an folgenden Grundsatz halten: Daß ich 30 Jahre Abgeordneter sein konnte, verdanke ich nicht nur meiner, sondern auch und nicht zuletzt der Arbeit jener idealistischen Mitarbeiter, die sich Wahl für Wahl geplagt und dazu beigetragen haben, daß ich immer wieder aufgestellt und gewählt worden bin. Für die mir in dieser Partei noch zugemessene Zeit werde ich – so wie all jene – ein Funktionär ohne Mandat sein und mit ihnen für die FPÖ arbeiten. Den mir nachfolgenden Führungsfunktionären werde ich auch dann nicht öffentlich dreinreden, wenn ich anderer Meinung als sie sein sollte. Sollte mein Rat gewünscht werden, so steht er zur Verfügung. Extratouren nach außen hin werde ich bestimmt keine reiten.

Warum Parteibezeichnung „FPÖ“?

An dieser Stelle muß auch ein Wort zur Parteibezeichnung „FPÖ“ gesagt werden. Die Überlegungen dazu wurden ja 1955 – also im Jahr des Staatsvertrages – angestellt. Im Führungskreis herrschte damals völlige Übereinstimmung darüber, daß sich weder die Bezeichnung „national“ noch „liberal“ allein als Sammelbegriff für die Zukunft eignet. Nachdem beide Begriffsinhalte einander nicht ausschließen sondern ergänzen, entschied man sich einmütig für das FREIHEITLICHE als dem gemeinsamen Überbau. Zudem erlangte Österreich 1955 ja seine volle Freiheit und Unabhängigkeit, sodaß die Gründung einer Freiheitlichen Partei auch geeignet war, die politische Landschaft der Zweiten Republik durch eine konsolidierte Dritte Kraft anzureichern und vielfältiger zu gestalten.



FPÖ-Wahlplakat 1956

Ich komme zurück zum Kapitel der ersten zehn von unseren 30 gemeinsamen Jahren:

Am 13. Mai 1956 – die Nationalratswahl wurde um ein Jahr vorverlegt, weil der Sand im Getriebe der großen Koalition zu diesem Zeitpunkt schon kräftig knirschte – startete der Neuling FPÖ, wie schon angedeutet, mit sechs Mandaten.

Beginnende Agonie der großen Koalition

Die Parlamentsszene wurde von der ÖVP mit ihren 82 Mandaten beherrscht, die SPÖ war mit 75 und die KPÖ noch mit drei Mandaten vertreten. Damit wurde nach Abzug der Besatzungsmächte jene Phase der großen Koalition eingeleitet, die ich in meiner Beurteilung als jene der politischen Agonie dieser Regierungsform bezeichne.

Es hieße, die politische Realität ignorieren, wollte man die historischen Verdienste der großen Koalition von ÖVP und SPÖ in den Jahren der vierfachen Besetzung Österreichs leugnen. Mit dem Abschluß des Staatsvertrages war aber im Jahre 1955 ein Einschnitt gegeben, der von den damaligen Regierungsparteien schlechthin ignoriert wurde. Darunter verstehe ich die unveränderte Beibehaltung des auf einem totalen Proporz beruhenden bisherigen Regierungssystems, das sich aufgrund der harten Belastungen in der Besatzungszeit stark abgenützt hat und dem an der Schwelle der uneingeschränkten Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs die Kraft oder auch der Wille zur Erneuerung und Weiterentwicklung fehlte.

Der Koalitionsausschuß blieb weiterhin der wahre Machthaber Österreichs, der Nationalrat leider auf jene verfassungsrechtliche Sanierungsfunktion beschränkt, auf die er zur Zeit der Besetzung unseres Landes reduziert worden war. Am starren Proporz wurde nicht gerüttelt; im Gegenteil, der einzelne Bürger verblieb in voller Abhängigkeit von diesem.

Der außerparlamentarische Kammerstaat mit seinen demokratisch unterentwickelten Wahlordnungen – dieser Zustand hält bis heute an – baute seine Machtpositionen konsequent weiter aus. Die Sozialpartnerschaft gab ihm dazu vielfältige Möglichkeiten.

Der Bürger – das darf nicht vergessen werden – gewöhnte sich nicht nur an dieses hohe Maß persönlicher Abhängigkeit, sondern er fand sich mehr und mehr damit ab, nicht zuletzt auch deswegen, weil es verhältnismäßig bequem war, die Standesvertretungen in der Zeit des wirtschaftlichen Aufstieges für sich denken und die Lohn- sowie Gehaltsforderungen durch sie verwirklichen zu lassen.

Der Unselbständige fuhr damit recht gut. Der Österreichische Gewerkschaftsbund war und ist ein guter Anwalt seiner Interessen. Die Selbständigen-Vertretungen verstanden es leider weniger gut, die Anliegen der ihnen anvertrauten Bauern, Handel- und Gewerbetreibenden gleich wirkungsvoll zu vertreten.

Anwalt für eine lebendige Demokratie

Aus den damals vorherrschenden Zuständen ergab sich schlechthin ein Grundsatzprogramm für die FPÖ als Neuling in der politischen Landschaft. Ich will aus der Fülle nur drei Beispiele herausgreifen:

Wenn es heute eine allseits anerkannte Volksanwaltschaft gibt, dann deswegen, weil die FPÖ bürokratische Mißstände schon damals als für den Bürger unerträglich empfunden und daher von Anfang an die Einführung des Ombudsmannes gefordert hat.

Und wenn wir in jüngster Zeit das von den Medien fast ignorierte Jubiläum „25 Jahre Fragestunde im Parlament“ begehen konnten, so hat das darin seinen Grund, daß die FPÖ immer der Anwalt für eine lebendige Demokratie gewesen ist und die Fragestunde bereits zu einem Zeitpunkt gefordert hat, zu dem ÖVP und SPÖ davon noch nichts wissen wollten.

Was wir Freiheitlichen im Dienste der direkten Demokratie in den 30 Jahren unseres Bestehens geleistet haben, ist umfangreich und hält jeder kritischen Prüfung stand. Auch hier brauchen wir unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen.

Die zweite Halbzeit der großen Koalition von 1956 bis 1966 war von dem konsequenten parlamentarischen Bemühen der Freiheitlichen gekennzeichnet, die Abhängigkeit des einzelnen Bürgers von den großkoalitionären und kammerstaatlichen Machtapparaten abzubauen und durch mehr persönliche Aktionsfreiheit zu ersetzen – schlechthin ein liberales Grundsatzprogramm.

Dieses Kapitel freiheitlicher Politik wird von den Zeitgeschichtlern erst zu schreiben sein, und ich bin sicher, es wird ein liberales Ehrenblatt unserer Parteigeschichte werden.

Die ersten Kooperationsversuche

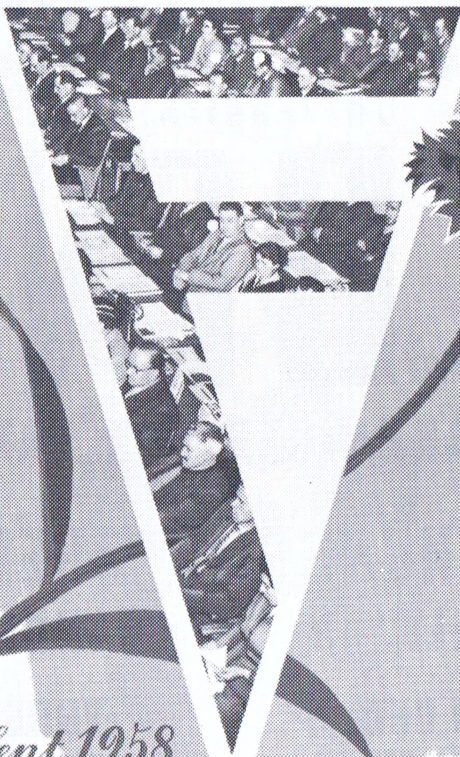
In dieses erste Drittel unseres freiheitlichen Weges in der Zweiten Republik fielen unter anderem wesentliche Ereignisse, die heute über die Erinnerungsschwelle gehoben werden sollen:

- * 1958 verstarb Bundesparteiobmann Dipl.-Ing. Anton Reinthaller. Dieser Schicksalsschlag traf die junge und noch nicht in sich gefestigte FPÖ schwer, weil sie mit ihrem Gründer das Ausgleichselement im besten Sinne des Wortes verloren hatte. Das Für und Wider der Nachfolge ging ein halbes Jahr hin und her, bis im Herbst 1958 beim Bundesparteitag in Salzburg die Wahl auf mich 37jährigen fiel.

Wenn es heute zwischen jung und alt manchmal etwas bewegter zugeht, als uns Alten lieb ist, dann sollten wir nicht vergessen, daß wir vor 30 Jahren mit den damals Alten auch nicht allzu zimperlich umgegangen sind. Und unter uns Jungen von damals ging es des öfteren auch lautstark zu. Allerdings innerhalb der eigenen vier Wände, unter Ausschluß der Öffentlichkeit deswegen, weil wir bemüht waren, aus den katastrophalen Fehlern des VdU zu lernen.

- * Das für die FPÖ bedeutendste Ereignis in diesem Jahrzehnt sehe ich in der Nationalratswahl vom 10. Mai 1959 – es war wieder eine vorverlegte. Die Freiheitliche Partei Österreichs stockte trotz des minderheitsfeindlichen Wahlrechtes von sechs auf acht Mandate auf, und die Kommunisten zogen nicht mehr ins Parlament ein. Die Aufgaben der demokratischen Kontrolle fielen uns als einziger Oppositionspartei zu.
- * Verlierer war damals die Österreichische Volkspartei, die 25.892 Stimmen weniger erhalten hatte als die SPÖ. Zudem büßte die ÖVP drei Mandate ein, ging aber dennoch aufgrund des sie begünstigenden Wahlrechtes mit einem Mandat stärker als die Sozialisten aus dem Rennen hervor – also 79 : 78 zugunsten der ÖVP.
- * Ebenso sei aus dieser Phase noch an jene beiden politischen Kooperationsversuche erinnert, die jeweils mit einer der damaligen Regierungspartei erfolgt sind:
- * An den Versuch, bei der Bundespräsidentenwahl 1957 mit der ÖVP einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen und
- * an die Habsburg-Aktion mit der SPÖ im Jahre 1963.
- * In gleicher Weise muß auf jenen Versuch eingegangen werden, den steirische Industrielle unternahmen, um die Wiederauflage der großen Koalition nach den Nationalratswahlen vom 18. November 1962 zu verhindern.

BUNDESPARTEITAG



12.-14. Sept. 1958

**DER FREIHEITLICHEN
PARTEI ÖSTERREICHS FPÖ**
in Salzburg

Ankündigungsplakat für den 3. Ordentlichen Bundesparteitag. Auf diesem Parteitag wurde Friedrich Peter zum Bundesparteiohmann gewählt. Er sollte es bis 1978 bleiben.

WIR WOLLEN ALS
BUNDESPRÄSIDENT
UNIVERSITÄTSPROFESSOR

DENK
DR. WOLFGANG

DER MANN ÜBER DEN PARTEIEN

**ERÖFFNUNGSKUNDGEBUNG
VORSTELLUNG DES KANDIDATEN**

BEGINN: 20 UHR

SAALERÖFFNUNG: 19 UHR

AB 19* KONZERTIERT KAPELLE PFEGER

FREITAG, 29. MÄRZ 57

WIENER KONZERTHAUS

III, LOTHINGERSTRASSE 20

ES SPRECHEN:

**BUNDES-
KANZLER**

RAAB

PROF.

DENK

ING.

REINTHALLER

**BUNDESPARTEIOBMANN
DER ÖSTERR. VOLKSPARTEI**

**BUNDESPARTEIOBMANN
D. FREIHEITLICHEN PARTEI ÖSTERR.**

Ein Kooperationsversuch mit der ÖVP: 1957 stellten FPÖ und ÖVP gemeinsam Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Denk als Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl auf.



**Genau, wie von der FPÖ
vorausgesagt:**

**Die Balgerei
der beiden Kater
war nur das alte
Wahltheater**



NACH DER WAHL

**Darum: Jetzt erst recht mit der FPÖ
gegen Koalitionsdiktatur!**

Plakat, welches nach der NR-Wahl 1959 publiziert wurde. Das Wahlkampfplakat hatte genau umgekehrt ausgesehen.

ÖVP hielt Zusage nicht ein.

Einer der Gründe für diese Initiative lag sicherlich in der Enttäuschung über den sogenannten „koalitionsfreien Raum“. Er blieb unter Raab ein leeres Gerede. In Dr. Alphons Gorbach setzten Industrievertreter die Hoffnung, mit den Freiheitlichen in einer geänderten Regierung eigene Vorstellungen gegen die Sozialisten durchzusetzen.

So kam es im Sommer 1962 zum Gespräch dieser Industriellengruppe mit der ÖVP und der FPÖ im „Erzherzog Johann“ in Graz. Das Gespräch verlief weitaus positiver, als ich nach den bisherigen Erfahrungen erwartete, und gipfelte in der mündlichen Vereinbarung, unmittelbar nach den Herbstwahlen 1962 beiderseitig zusammenzutreten, um eine Wiederauflage der großen Koalition zu verhindern.

Als wir dann zusammentrafen, teilte mir Bundeskanzler Dr. Gorbach mit, daß seine Führungsorgane die Grazer Vereinbarung verworfen hätten.

Dazu ein Zitat des Oberst Alexander Götz, das ich dem Piringer-Buch entnommen habe: *) *„Ich habe mündliche und schriftliche Zusagen bekommen, von Gorbach auch ehrenwörtlich. Gehalten wurden keine, gar keine.“*

Von 1956 bis 1962 hat die FPÖ zuerst unter Reinthaller und dann unter Peter mit allen Mitteln versucht, mit der ÖVP ins Gespräch zu kommen, um – wie es immer so schön hieß – gemeinsame bürgerliche Grundsätze in die Tat umzusetzen. In Wirklichkeit lebte und profitierte die ÖVP bei jeder Nationalratswahl – der Bogen reicht von 1945 bis 1966 – von der Angst vor der „Roten Katze“.

Wie tönte es vor jeder Nationalratswahl von der ÖVP zu uns? Bleibt freiheitlich, bleibt national, bleibt liberal, aber wählt schwarz, damit es keinen sozialistischen Bundeskanzler gibt.

Und nach der jeweiligen Nationalratswahl vergaß die ÖVP die vorher beschworenen bürgerlichen Gemeinsamkeiten.

Nun aber Schluß damit, denn dieses Kapitel ist bereits Geschichte geworden. Ich werde jetzt auf die schon angedeuteten beiden ersten Anläufe zur Reform des Nationalratswahlrechtes etwas näher eingehen, weil es sich bei diesem Thema um die bundespolitische Existenzfrage der FPÖ schlechthin handelt.

*) Vgl. dazu Piringer, *Geschichte der Freiheitlichen* (s. o. Anm. S. 26) S. 91

**Mehr
Österreich
weniger
Proporz
diesmal freiheitlich**

**FPÖ
LISTE 3**

Expeditores: Hainzberger und Votzinger, Fabrikstraße 10, 1040 Wien
Druck: Druckerei Hainzberger, Fabrikstraße 10, 1040 Wien
Vertrieb: Hainzberger, Fabrikstraße 10, 1040 Wien

Kampf dem Proporz und der Parteibuchwirtschaft: NR-Wahlplakat 1962

Ringens um Wahlrechtsreform

Unserer tatsächlichen politischen Größe entsprechend im Nationalrat vertreten zu sein, gehörte von der Gründung weg zu den elementaren Zielsetzungen der Freiheitlichen Partei Österreichs.

Dies unter anderem auch deswegen, weil das ursprüngliche Nationalratswahlrecht der Zweiten Republik große Parteien bei der Mandatszuweisung bevorzugte und kleinere benachteiligte. Das führte uns die letzte Nationalratswahl vor der Wahlrechtsreform einmal mehr eindringlich vor Augen. Bei dieser Nationalratswahl vom 1. März 1970 benötigte

| | |
|---------|-----------------|
| die ÖVP | 26.295 Stimmen, |
| die SPÖ | 27.432 Stimmen, |
| die FPÖ | 42.238 Stimmen |

für ein Mandat.

Die Mandatszuteilung erfolgte damals nicht nach zweierlei sondern nach dreierlei Maß, wobei die FPÖ mit dem schlechtesten und ungerchtesten Maß gemessen wurde.

Es lag daher in der Natur der Sache, daß die Reform des Nationalratswahlrechtes für die FPÖ stets ein wesentlicher Bestandteil von politischen Verhandlungen war, wenn es galt, solche mit der ÖVP oder mit der SPÖ zu führen.

1957: Parteienvereinbarung mit der ÖVP

Die Anfänge gehen in das Jahr 1957 zurück. Damals stellten ÖVP und FPÖ – wie schon betont – Universitätsprofessor Dr. Wolfgang Denk als gemeinsamen Bundespräsidentenskandidaten auf. Der Grundgedanke, „die Addition von zwei Parteisummen ergibt die absolute Mehrheit“, erwies sich als irrig. Die Wahl ging verloren, Dr. Adolf Schärf wurde Bundespräsident.

Die Schuld für die gemeinsame Niederlage wies die ÖVP der FPÖ zu, obwohl unschwer nachzuweisen war, daß der gemeinsame Kandidat in ÖVP-Hochburgen, wie dem Mühlviertel, weniger Stimmen erhielt als die ÖVP dort vorher Wähler hatte. Den Hauptgrund für das mißlungene Präsidentschaftsexperiment von 1957 – um mit einem Satz darauf einzugehen – sehe ich darin, daß die ÖVP aus Prof. Denk einen Klerikalen zu machen versuchte und wir ihm einen nationalen Profilanstrich gaben. Beides vertrug sich wie Feuer und Wasser.

1. Mai

Schaffende

**baut
Europa
mit
der**

FPÖ

Freiheitliche Partei Österreichs

Plakat zum 1. Mai 1963: Der Weg nach Europa hat eine lange und große Tradition in der FPÖ.

In den vorbereitenden Parteiverhandlungen machte die Österreichische Volkspartei den Freiheitlichen damals eine Reihe politischer Zugeständnisse. Das wichtigste bezog sich auf die Wahlrechtsreform. Dr. Emil van Tongel war ein gründlicher Verhandlungspartner, also formulierte er auch diesbezüglich präzise. Wörtlich hieß es in der Parteienvereinbarung mit der ÖVP im Punkt 4:

„Die ÖVP verpflichtet sich, bis längstens 31. Oktober 1957 im Nationalrat eine Abänderung der Nationalratswahlordnung entweder als Regierungsvorlage oder als Initiativantrag einzubringen und gemeinsam mit der FPÖ durchzusetzen, welche folgende Grundsätze beinhaltet:

- a). Den Grundsatz absoluter Gleichwertigkeit der abgegebenen Stimmen. Somit darf ein Nationalratsmandat für einzelne wahlwerbende Gruppen nicht mehr Stimmen erfordern als für die ÖVP bzw. die SPÖ.*
- b) Einführung eines zweiten Ermittlungsverfahrens im ganzen Bundesgebiet statt in vier Wahlkreisverbänden.*

Eine analoge Wahlrechtsreform erfolgt in allen Landtagen. Die Einzelheiten der vereinbarten Reform werden gemeinsam von ÖVP und FPÖ festgelegt.“

Die in diese Vereinbarung gesetzte Hoffnung war groß, die Enttäuschung über die Nichteinlösung derselben durch die Österreichische Volkspartei aber noch größer.

Für mich war es ein prägender Erfahrungswert in zweifacher Hinsicht: Mir wurden bereits am Anfang meiner politischen Tätigkeit die Sinne für die Bedeutung der Wahlrechtsreform geschärft, und ich habe in einer für mich erschreckenden Form als junger Politiker zum ersten Mal erlebt, wie sich ein politischer Verhandlungspartner über eine verbindliche Vereinbarung hinwegzusetzen und zu sagen vermag: „Es war nichts“. Per saldo war es dennoch für mich als Anfänger ein wertvoller politischer Lernprozeß. In der restlichen Funktionszeit des Bundesparteiobermannes Dipl.-Ing. Reinthaller ergab sich kein weiterer Ansatzpunkt mehr für neue Verhandlungen.

Erst die Habsburgfrage im Jahre 1963 bot der Freiheitlichen Partei wieder die Möglichkeit, in den politischen Entscheidungsprozeß einzugreifen und eine Schlüsselrolle zu spielen. Ich möchte jetzt nicht langatmig auf deren Inhalt eingehen, sondern in Erinnerung rufen, daß in der Beurteilung dieser causa kein einvernehmlicher Standpunkt zwischen den damaligen Koalitionsparteien ÖVP und SPÖ erzielt werden konnte und eine elementare Krise der großen Koalition die Folge war.



Wieviele Stimmen für die FPÖ? Wahltagsatmosphäre in der Bundesgeschäftsstelle am 6. März 1966 (NR-Wahl). Links neben Friedrich Peter der langjährige Bundesgeschäftsführer Hans Richard Bogner sowie weitere Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle.

Original: F. Peter

Die FPÖ hatte zur Habsburgfrage seit dem Grazer Bundesparteitag 1960 einen klaren Standpunkt. Ihre vom Bundesparteitag vorgegebene Linie lautete:

„In der Habsburgfrage stellen wir fest, daß die FPÖ auf dem Boden der Verfassung steht und eine demokratische und republikanische Partei ist. Wir halten es daher auch für selbstverständlich, daß Dr. Otto Habsburg vor einer Rückkehr nach Österreich eine entsprechende Verzichtserklärung abzugeben hat. Die FPÖ wird im Hauptausschuß zu prüfen haben, ob eine solche Erklärung ausreichend erscheint.“

Die causa Habsburg war der Anlaß, die neu gewonnene Gesprächsgrundlage mit den Sozialisten auch für die Wahlrechtsreform zu nützen. Es kam 1964 zu einer mündlichen Vereinbarung mit der SPÖ-Spitze, welche sogar der Absprache gemäß die Grundlage für einen freiheitlichen Initiativantrag war, der am 3. Juni 1964 mit Billigung des Bundespartei-vorstandes im Nationalrat eingebracht und – ich nehme das trübe Ende vorweg – leider nie beschlossen wurde.

1964: Parteienvereinbarung mit der SPÖ

Um auf Nummer sicher zu gehen, wurde noch folgende Parteienvereinbarung schriftlich abgeschlossen, die Ihnen vor Augen führen soll, wie dornenreich und beschwerlich der jahrzehntelange Weg zur Verwirklichung der Wahlrechtsreform war:

„Die Sozialistische Partei Österreichs und die Freiheitliche Partei Österreichs haben heute, den 16. Juli 1964, vertreten durch Vizekanzler Dr. Pittermann, Bundesminister Olah, Bundesminister Probst, Abgeordneten Uhlir und Zentralsekretär Bundesrat Gratz für die SPÖ und Abgeordneten Peter, Abgeordneten Dr. Tongel, Abgeordneten Zeillinger und Bundesgeschäftsführer Bogner für die FPÖ, über folgende Punkte Einverständnis erzielt und nachstehende mündliche Vereinbarung getroffen:

- 1. Der von der Sozialistischen Parteivertretung am 14. Juli 1964 beschlossene Antrag zur Abänderung der geltenden Nationalratswahlordnung in Verbindung mit dem Antrag 95/A der Abgeordneten Uhlir, Dr. Winter, Mark und Genossen in der Fassung der Anlage, welcher auf der Basis der Nationalratswahlordnung 1962 ein Mandatsergebnis von 78 Mandaten für die ÖVP, 75 Mandaten für die SPÖ und zwölf Mandaten für die Freiheitliche Partei ergibt, wird von beiden Parteien verbindlich vereinbart und – wenn nötig – in einer Kampfabstimmung im koalitionsfreien Raum im Nationalrat zur Annahme gebracht. Beide Parteien verpflichten sich, alle ihre Abgeordneten zum Nationalrat zur Stimmabgabe für diesen Antrag zu veranlassen. Über die Wahlrechtsreform und den SPÖ-Antrag werden weitere Verhandlungen nicht mehr in Koalitions-gremien geführt, sondern alle Gespräche und Verhandlungen laufen auf Dreiparteienebene bzw. im Verfassungsausschuß des Nationalrates oder dessen Unterausschuß. Beim Auftreten neuer Gesichtspunkte bzw. von Schwierigkeiten werden die Kontaktkomitees der SPÖ und FPÖ sofort zusammentreten.*

Falls der Verfassungsgerichtshof einen auf Grund des SPÖ-Antrages vom Nationalrat gefaßten Gesetzesbeschluß aus irgendeinem Grund, zum Beispiel wegen Verfassungswidrigkeit, aufheben sollte, gilt diese

Vereinbarung sinngemäß weiter. In diesem Fall werden die beiden Parteien einen Antrag gemeinsam ausarbeiten, der die Beanstandungen des Verfassungsgerichtshofes beseitigt, im übrigen aber auf den gleichen vereinbarten Grundsätzen beruht, auf denen der eingangs erwähnte Antrag der SPÖ aufgebaut ist. Beide Parteien werden ohne Rücksicht auf Fristen des Arbeitsübereinkommens für die alsbaldige Verabschiedung des neuen Antrages durch den Nationalrat sorgen.

- 2. Die bereits im Juni bzw. Juli 1963 zwischen den beiden Parteien getroffene Vereinbarung, daß die nächste Wahl des Nationalrates unter keinen Umständen nach der gegenwärtigen Wahlordnung durchgeführt werden darf, wird neuerlich bekräftigt und dahingehend ergänzt, daß der Wahl des Nationalrates der XI. Gesetzgebungsperiode der im Punkt 1) vereinbarte Wahlrechtsantrag der SPÖ zugrunde gelegt wird.*
- 3. Als Endtermin für die Beschlußfassung der im Punkt 1) vereinbarten neuen Nationalratswahlordnung – wenn notwendig im Wege einer Kampfabstimmung im koalitionsfreien Raum – wird Mittwoch, der 18. November 1964, für das Plenum des Nationalrates festgelegt. Dementsprechend wird dafür Sorge getragen werden, daß die Beratungen im Unterausschuß des Verfassungsausschusses vor dem 4. November 1964 abgeschlossen werden und die abschließenden Beratungen im Verfassungsausschuß des Nationalrates spätestens am 4. November 1964 beginnen. Für den Fall eines durch einen Einspruch des Bundesrates notwendig werdenden Beharrungsbeschlusses des Nationalrates wird dieser im Plenum des Nationalrates ohne Verzug innerhalb von 14 Tagen nach dem Einspruchsbeschluß des Bundesrates gefaßt werden.*
- 4. Beide Parteien vereinbaren, daß ihre Abgeordneten einem Antrag einer dritten Person auf vorzeitige Auflösung des gegenwärtigen Nationalrates nur dann die Zustimmung geben, wenn zwischen beiden Parteien darüber Einvernehmen erzielt wird und wenn vorher die unter Punkt 1) festgelegte Änderung der Nationalratswahlordnung sowohl im Nationalrat als auch allenfalls durch einen notwendigen Beharrungsbeschluß des Nationalrates endgültig verabschiedet, beurkundet und im Bundesgesetzblatt kundgemacht wurde sowie in Kraft getreten ist.*
- 5. Für den Fall einer Blockierung der Beratungen des Nationalrates bzw. für sonstige unvorhergesehene Ereignisse wird vereinbart, daß zur Ermöglichung einer Beratung und Beschlußfassung der im Punkt 1) vereinbarten neuen Nationalratswahlordnung von allen geschäftsordnungsmäßigen Mitteln insbesondere der Erzwingung der Abhaltung von Nationalratssitzungen im gegenseitigen Einvernehmen Gebrauch gemacht wird. Insbesondere verpflichtet sich die Sozialistische Partei Österreichs, einem diesbezüglichen Verlangen der Freiheitlichen Partei Österreichs durch Beistellung der für eine solche Einberufung notwendigen Unterschriften zu entsprechen.*

6. *Die Freiheitliche Partei wird keinem von einer anderen Seite eingebrachten Antrag auf Abänderung der Nationalratswahlordnung ihre Stimme geben, wenn ein solcher Antrag die Grundgedanken des Sozialistischen Antrages vom 14. Juli 1964 verletzt, wenn der Gedanke des möglichst annähernd gleichen Stimmerfordernisses für ein Mandat nicht gewahrt wird, wenn keine Vorkehrung dagegen getroffen ist, daß eine stimmschwächere Partei mehr Mandate als eine stimmstärkere Partei erhält oder wenn eine Listenkoppelung vorgesehen ist.*“

Im Juni 1964 verkündete ich noch hoffnungsfroh vor dem Bundesparteitag in Salzburg, daß die Wahlrechtsreform so gut wie sicher und daß die Beschlußfassung nur mehr eine Frage der Zeit sei. Als die Bundesparteileitung am 19. September 1964 nach der Sommerpause zusammentrat, hatte sich noch immer nichts getan: keine Kampfabstimmung, keine Wahlrechtsreform. An diesem 19. September 1964 erschien zu allem Überfluß auch noch jenes sensationelle Olah-Interview in der „Presse“, das die innerhalb der SPÖ schon spürbaren Spannungen sichtbar machte und die internen Machtkämpfe offenkundig werden ließ. Meine Stimmung war unter dem Nullpunkt, als ich mich der Bundesparteileitung stellte.

Eine schicksalsschwere Enttäuschung

Trotz aller Schwierigkeiten setzte ich auf die Vertragstreue der Sozialisten, um dann in der weiteren Folge eine meiner größten politischen Belastungen hinnehmen und verkraften zu müssen. Das Hotel „Europa“ war der Ort der schicksalsschweren Enttäuschung, als mir der Bundesvorsitzende Dr. Pittermann mitteilte, daß sowohl die Wahlrechtsreform als auch die damals von uns sehr konsequent angepeilte Koalition mit der SPÖ abzuschreiben sei.

Ich gehe wohl nicht fehl in der Einschätzung, daß im parteiinternen sozialistischen Kräfteressen jene auf der Strecke geblieben sind, welche 1964 die Zeit für reif erachteten, sich über die große Koalition hinaus Gedanken hinsichtlich einer anderen Regierungsform in Österreich zu machen.

Somit war auch der zweite – aus meiner Sicht überaus hoffungsvolle – Anlauf zur Wahlrechtsreform gescheitert. Hier ist nicht der Ort, jenem Stimmungsbild Raum zu geben, das damals die parteiinterne Situation kennzeichnete. Wie die Fakten zeigen, sind wir aber auch damit fertig geworden.

Erst 1970 gelang der Durchbruch

Wieder verstrichen sechs Jahre, ehe aus der Ungunst des Wahlergebnisses vom 1. März 1970 die Stunde zu einem neuen politischen Anfang für die Freiheitliche Partei kam, der am 26. November 1970 den Durchbruch zur Wahlrechtsreform brachte. Die Verwirklichungsphase der nun in Geltung befindlichen Nationalratswahlordnung behandle ich dort, wo sie systematisch hingehört – nämlich in den Abschnitt der sozialistischen Minderheitsregierung.

Lassen Sie mich aus gegebenem Anlaß mit dem gebotenen Ernst und mit dem erforderlichen Nachdruck unterstreichen, daß die FPÖ in dem heutigen Wahlrecht für den Nationalrat über eines ihrer kostbarsten politischen Güter verfügt, an dem sie nicht rütteln lassen darf und an dem sie vor allem selbst nicht rütteln soll.

In diesem Sinne: Hände weg von leichtfertigen oder zu wenig gründlich überlegten Experimenten mit der Nationalratswahlordnung!

Vergessen Sie aber auch nie, daß eine große Koalition der Todfeind dieses minderheitsfreundlichen Wahlrechtes ist!

Wie schon angeführt, vertrete ich die Auffassung, daß die ersten Ansätze einer Agonie der großen Koalition in der zweiten Hälfte der Fünfzigerjahre sichtbar wurden. Nach der Novemberwahl 1962 trat dieses Agoniestadium offen zu Tage. Mit dem Ausbruch der SPÖ aus der großen Koalition in der Habsburgfrage begannen 1963 die Restfundamente dieses Koalitionssystems zu zerbröckeln. Die folgenden Jahre glichen einem permanenten politischen Siechtum. Die Krise der großen Koalition wurde schließlich durch die Olah-Krise der Sozialistischen Partei überlagert.

Der Sterbetag der großen Koalition.

Nutznießer der dadurch außer Tritt geratenen SPÖ war bei der Nationalratswahl am 6. März 1966 die Österreichische Volkspartei, die mit 85 Mandaten die absolute Mehrheit errang. Der 18. April 1966, 19 Uhr, ist das offizielle Sterbedatum der großen Koalition. Genau an diesem Tag und zu dieser Stunde scheiterten die Verhandlungen zwischen ÖVP und SPÖ, neuerlich eine große Koalition zu bilden.



NR-Wahlkampf 1966: FPÖ-Spitzenpolitiker (Friedrich Peter, Gustav Zeillinger, Dr. Alexander Götz (v. l. n. r.)) stellen sich dem „Kreuzfeuer der Presse“.

Original: F. Peter

Damit war das politische Hauptziel dieser Zeit, die große Koalition zu zerschlagen, erreicht. Allerdings ganz anders, als wir Freiheitlichen uns das vorgestellt hatten. Der nahtlose Übergang vom bisherigen Regierungssystem zu einer ÖVP-Alleinregierung entsprach keinesfalls unseren politischen Zielvorstellungen.

Dennoch entwickelten sich die Jahre der ÖVP-Alleinregierung von 1966 bis 1970 anders, als zuerst aus freiheitlicher Sicht zu befürchten war. Zu befürchten deswegen, weil Klaus und Withalm eine Kooperation mit der FPÖ, die auch uns in gewissen Bereichen Mitgestaltung und eventuell Mitverantwortung ermöglicht hätte, zur Gänze ausschlossen.

Geburtsstunde des Parlamentarismus

Da es aber nun keinen Koalitionspakt mehr gab, gewannen die Fraktionen und mit ihnen die Parteien im Nationalrat eine größere Aktions- und Bewegungsfreiheit. Das Jahr 1966 war nach meiner Einschätzung die eigentliche Geburtsstunde des Parlamentarismus in der Zweiten Republik. Trotz der Unkenrufe der Großkoalitionäre begannen die Fundamente der Demokratie nach Ersetzung der großen Koalition durch eine ÖVP-Alleinregierung keineswegs zu wanken. Und diese historische Tat des Dr. Josef Klaus muß ebenso objektiv beurteilt werden.

In diesen vier Jahren entwickelte die freiheitliche Nationalratsfraktion unendlich viele Ideen und setzte zahlreiche parlamentarische Initiativen. Auf sie näher einzugehen, verbietet die Zeit. Die damalige Situation sei daher nur mit einigen Zeitungsüberschriften charakterisiert. So schrieb die „Presse“ über die Nationalratssitzung vom 8. Juni 1966:

„Am Habsburg-Tag des Parlaments war es die FPÖ, die zeigte, wie man Opposition macht . . . Darüberhinaus steht der ganze Tag eindeutig im Zeichen der überaus geschickten FPÖ, die der starken SPÖ-Opposition geradezu eine Lektion in parlamentarischer Taktik erteilt.“ Und abschließend hieß es, *„die Palme dieses Parlamentstages“* habe die kleine Oppositionspartei heimtragen können.

„Kleine 6 ganz groß“

Besser als das Aufzählen eigener Leistungen charakterisiert der nachfolgende Auszug aus den „Salzburger Nachrichten“ vom 25. Mai 1966 die Stellung und das Ansehen der freiheitlichen Nationalratsfraktion in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung.

Unter der Überschrift „Kleine 6 ganz groß“ wurde von Redakteur Nowotny festgestellt:

„Die schon totgesagte kleine Opposition der FPÖ, von der man annahm, sie werde völlig in der Aktivität der SPÖ untergehen, gibt derzeit im Nationalrat kräftigere Lebenszeichen von sich als zu jener Zeit, da sie noch das Oppositionsmonopol besaß.“

Die personelle Auffrischung hat dem FPÖ-Klub gutgetan. Das Teamwork klappt, und in einigen Debatten und Fragestunden der letzten Zeit haben die Freiheitlichen die Sozialisten glatt an die Wand gespielt. Meisterstücke lieferte die blaue Sechs in den letzten Tagen.“

Der Antrag van Tongels nach Aufhebung des Proporz in der verstaatlichten Industrie wurde von der ÖVP unterstützt und in das Kompetenzgesetz aufgenommen. Tags darauf brachte Peter den Antrag auf namentliche Abstimmung über das Mineralölsteuergesetz ein und fand diesmal die Unterstützung durch die Sozialisten . . .“

Die FPÖ lebt!

Und damit sind wir beim Thema des „Totsagens“ der FPÖ. Wer so wie ich von Anfang an mit dabei war und ist, den begleitet die vom Gegner und von verschiedenen Medien immer und immer wieder liebevoll beschworene Leerformel von der totgesagten FPÖ 30 Jahre hindurch.

Den Höhepunkt erreichte das Trugbild von der totgesagten FPÖ nach dem Regierungseintritt der Freiheitlichen im Jahre 1983. Eine Lebensdauer von höchstens drei bis sechs Monaten sagten gewisse ÖVP-Kreise der sozialistisch-freiheitlichen Koalition voraus. Verschiedene Medien transportierten eifrig diese konservativen Wunschvorstellungen, die sich inzwischen längst als Seifenblase erwiesen haben.

Unsere gemeinsame Aufgabe bleibt es weiterhin, diese gegnerischen Unkenrufe auch in Zukunft ad absurdum zu führen.

In den Jahren von 1966 bis 1970 ging es nicht nur im Parlament bewegt zu, verfügte die FPÖ nicht nur über ihre sehr lebendige „Sechs“ im Nationalrat, auch an der Regionalfront fand damals ein vielfältiges, wenn auch wechselhaftes Geschehen statt.

Der Gleißner-Peter-Pakt

1967 gingen in Oberösterreich ÖVP und SPÖ aus der Landtagswahl mandatsgleich hervor: 23 : 23! Die kleine FPÖ-Landtagsfraktion stand in der Frage der Entscheidungsfähigkeit bei der Wahl des Landeshauptmannes in einer sicherlich sehr schwierigen Situation. Nach eingehenden innerparteilichen Überlegungen und gründlichen Verhandlungen mit der ÖVP entschlossen sich die Freiheitlichen für die Wiederwahl des Landeshauptmannes Dr. Heinrich Gleißner. Die Aktionsbereitschaft der FPÖ zugunsten der ÖVP in Oberösterreich belastete zweifelsohne das Klima zwischen den Freiheitlichen und Sozialisten im Nationalrat und fand zudem kaum Anerkennung durch die Bundes-ÖVP.



Friedrich Peter mit der oberösterreichischen FPÖ-Landtagsfraktion 1966

Original: F. Peter

In der Landtagsperiode 1961 – 1967 gehörten vier Freiheitliche dem oberösterreichischen Landtag an: Alois Bachinger, Dir. Karl Mayr, Friedrich Peter (bis Juni 1966, sein Mandat ging auf Heinrich Grahammer über) und Dr. Walter Bauer.

Der Amtliche Stimmzettel bei der Arbeiterkammerwahl war ein bundespolitisches Nebenprodukt des Gleißner-Peter-Paktes aus 1967. Für mich als dem damaligen Landesparteiobmann der FPÖ-Landesgruppe Oberösterreich war diese Kampfwahl des ÖVP-Landeshauptmannes die Chance und Gelegenheit zur Reform des oberösterreichischen Landtagswahlrechtes. Wir haben es mit der ÖVP so gemacht, daß es vor dem Verfassungsgerichtshof zu bestehen vermochte. Es dient heute als wohlbedachte Existenzgrundlage für uns Freiheitliche in Oberösterreich.

Bei der Landtagswahl am 23. März 1969 stockte Walter Leitner in Salzburg den freiheitlichen Landtagsbestand von vier auf sechs Mandate auf. Und am 27. April des Jahres 1969 brachte der damals noch taufrische Erwin Hirsenschall „frischen Wind ins Rathaus“, indem er den drei freiheitlichen Wiener Landtagsmandaten ein viertes hinzufügte. Mit diesen wenigen Beispielen soll daran erinnert werden, daß reges Leben allerorten innerhalb der Freiheitlichen herrschte.



AK

**...auch bei der
Arbeiter-
Kammer
Wahl**



**Damit
die Richtung
stimmt**

FPÖ

Solide Arbeitnehmerpolitik über Jahrzehnte. Plakat für die AK-Wahl 1969

Die Erklärung vom 16. Jänner 1970

Inzwischen neigte sich die ÖVP-Alleinregierung allmählich ihrem Ende zu. Dr. Withalm, der „eiserne Hermann“, die personifizierte volksparteiliche Dreieinigkeit, bestehend aus Generalsekretär, Klubobmann und Vizekanzler, hatte uns und auch den Sozialisten in diesen Jahren die Stirn mit einer nicht zu übertreffenden Härte geboten. Formulierungen wie: „Nehmen Sie zur Kenntnis, daß wir die Mehrheit haben“, waren an der Tagesordnung. Wir waren also gut im Training, als im Herbst 1969 nach den Bundestagswahlen in Bonn die Szene wechselte, und die dort nur kurz im Amt befindliche große Koalition durch die sozial-liberale Regierung Brandt-Scheel abgelöst wurde.

Gegen Ende 1969 begann die ÖVP ihre Grundposition für die Nationalratswahl des 1. März 1970 abzustecken. Von Dr. Klaus wußte man, daß er auf die „Alles-oder-nichts-Karte“ setzte. Das hieß, er würde nur bei Wiedererringung der absoluten Mehrheit durch die ÖVP Bundeskanzler bleiben. Und für die Freiheitlichen hatte Withalm unter Bezugnahme auf die neue Bonner Situation einen Slogan parat, der mir aufgrund leidvoller Erfahrungen außerordentliches Kopfzerbrechen bereitete. Er lautete:

„Die dritte Kraft (also die FPÖ), den roten Kanzler schafft!“

Damit war klar, daß die „Rote Katze“ im ÖVP-Hauptquartier frisch lackiert wurde. Jene „Rote Katze“, die uns bei vielen Nationalratswahlen so schwer zu schaffen gemacht hatte.

Darin liegt die Ursache, daß ich mich von jenen überzeugen ließ, welche die Erklärung vom 16. Jänner 1970 für ein wirksames Instrument der Gegensteuerung hielten.

So kam es zu jener unglücklichen Festlegung, in der mit dem 1. März 1970 beginnenden Gesetzgebungsperiode des Nationalrates keine Koalition mit den Sozialisten einzugehen.

Die Kurzformel lautete: *„Kein roter Bundeskanzler, kein schwarzes Österreich. FPÖ, damit die Richtung stimmt.“*

Die Abstimmungsprozedur über diese Erklärung ist ja im Piringer-Buch dokumentiert. Ich greife nur heraus, daß die zwei Gegenstimmen dazu im Bundesparteivorstand von Emil van Tongel und Gustav Zeillinger abgegeben worden sind.

Für mich, als dem damaligen Bundesparteiobmann schlägt voll zu Buche, daß ich die Hauptverantwortung für diese Fehlentscheidung trage, die ich für die schwerste in meiner Parteiobmannschaft halte.

Das Nein des Dr. Klaus

Das Wahlergebnis vom 1. März 1970 führte aber auch der Österreichischen Volkspartei vor Augen, daß keine der beiden Parteien das vor dem Wahltag vorhandene Stimmungsbild der Öffentlichkeit zu erkennen vermochte. Die ÖVP verlor nicht nur die absolute sondern auch die relative Mehrheit. Kreisky ging mit der SPÖ als relativ stärkste Partei aus den Wahlen hervor. Wir wurden von sechs auf fünf Mandate reduziert. Es stand: 81 (SPÖ) : 79 (ÖVP) : 5 (FPÖ).

Zu allem Überfluß verkündete Bundeskanzler Dr. Klaus am Wahlabend vor dem Fernsehen, daß eine „Koalition der Verlierer“ nicht in Frage komme. Damit nahm er der Österreichischen Volkspartei die Handlungsfähigkeit und gab uns zugleich eine Art politischen Fußtritt, obwohl ÖVP und FPÖ mit 84 Mandaten über eine Mehrheit verfügt hätten. Wir Freiheitlichen wiederum haben uns durch die Erklärung vom 16. Jänner 1970 in Richtung SPÖ selbst handlungsunfähig gemacht.

Damit war der Sachverhalt folgender: Eine kleine Koalition ÖVP – FPÖ konnte aufgrund der Klaus-Feststellung im TV nicht stattfinden. Die ÖVP hatte 1966 den Preis für die Wiederauflage der großen Koalition ins Unermeßliche gesteigert. Nun aber dürfte ihr der Preis für den Fall zu hoch erschienen sein, daß ihr die SPÖ wider Erwarten ein Anerbieten zu einer gemeinsamen Regierung machen sollte.

Die so durch die FPÖ und durch die ÖVP unbeabsichtigt und unabhängig voneinander geschaffene Lage dürfte Dr. Kreiskys Gedankenflug in Richtung einer Minderheitsregierung beflügelt haben. Sie wurde ihm durch die beiden nichtsozialistischen Parteien sozusagen auf den Präsentierteller gelegt. Mit seiner Absage an eine bürgerliche Koalition hat Bundeskanzler Dr. Klaus die Österreichische Volkspartei in die Opposition geschickt, ein Zustand, der bis jetzt 16 Jahre währt.

Mir graut heute noch vor jener Stimmung, in der wir damals am Abend des 1. März 1970 in der Bundesgeschäftsstelle in der Kärntnerstraße beisammengesessen sind. Es war vermutlich die schwierigste politische Situation, in der ich mich jemals befunden hatte: hoffnungslos und ausweglos!

FPÖ

garantiert:

**Kein roter
Bundeskanzler
Kein schwarzes
Österreich**

*dann stimmt
die Richtung*

Zielaussage-Plakat, NR-Wahl 1970

*Damit
die Richtung
stimmt*



FPÖ



NR-Wahlplakat 1970

| NATIONALRATSWAHL 1970 | | MANDATE | | | | |
|--------------------------|------|---------|-----|-----|-----|--|
| | VP | SP | FP | KP | DFP | |
| 4. Oktober 70 | 78 | 82 | 5 | — | — | |
| 1. März 70 | (79) | (81) | (5) | (—) | (—) | |
| 6. März 66 | (85) | (74) | (6) | (—) | (—) | |

Ergebnis der Nationalratswahl 1970, FPÖ erzielte vorerst 5 Mandate. Nach erfolgreicher Wahlanfechtung durch Dr. Tassilo Broesigke und einer Nachwahl in Wien erhöhte sich ihr Mandatsstand auf sechs.

Original: Archiv NFZ

Mitternächtliches Gespräch mit Kreisky

Diese Situation entschärfte sich überraschend, als nach Mitternacht das Telefon läutete und Dr. Peter Jankowitsch, der spätere Kabinettschef, mich fragte, ob ich an einem Gespräch mit Dr. Bruno Kreisky interessiert wäre, welches dann ja auch erfolgt ist. Jene irren, die meinen, in dieser Nacht wäre es zu einem Schutz- und Trutzbündnis zwischen Dr. Kreisky und mir gekommen. Wer das meint, kennt die Vielfältigkeit der Kreiskyschen Persönlichkeitsstruktur nicht.

Mein Gesprächspartner wußte sehr genau, in welcher Gemütsverfassung ich mich befand. Er knüpfte daher nicht beim Wahlergebnis sondern dort an, wo Pittermann und ich 1964 ergebnislos aufgehört hatten, nämlich bei der damals gemeinsam vereinbarten aber nicht durchgeführten Wahlrechtsreform. Von einer Minderheitsregierung oder ähnlichen Überlegungen war in der Nacht vom 1. zum 2. März 1970 überhaupt nicht die Rede.

Für Wahlrechtsreform keine Gegenleistung verlangt

Wie oft habe ich in den Jahren nach 1970 Journalisten in ungläubiges Staunen versetzt, wenn ich ihnen auf Befragen sagte, daß Dr. Kreisky die Reform des Wahlrechtes ohne Gegenleistung im Sinne einer von der SPÖ seinerzeit nicht eingehaltenen Vereinbarung angeboten hat.

Nach all den bisherigen Mißerfolgen, die ich bezüglich der Änderung des Nationalratswahlrechtes sowohl durch die ÖVP als auch durch die SPÖ hinnehmen mußte, war ich nach diesem Gespräch in einer Stimmung, in der sich Mißtrauen und Hoffnung paarten.

Während das Stimmungsbarometer in der Partei auf dem Tiefstand verharrte, begann ich nach dieser Begegnung mit Dr. Bruno Kreisky nach Wegen und Auswegen zu suchen. Ich war zu dieser Zeit bereits reich an politischen Enttäuschungen und negativen Erfahrungen. Umso bedachter mußte die Wiedergewinnung der Aktionsfähigkeit der FPÖ unter völlig geänderten und sicherlich nicht einfachen Rahmenbedingungen ins Auge gefaßt werden.

Sie konnte nur gefunden werden, weil der damalige engere Führungskreis – ein satzungsgemäßes Präsidium gab es nicht – ebenfalls der Überzeugung war, sich der Bewährungsprobe als mehrheitsbildendes Element auf parlamentarischer Ebene zu stellen und einen entsprechenden freiheitlichen Einfluß auf politische Entscheidungen auszuüben.

Erfolgreiche Wahlanfechtung

Tassilo Broesigkes Kampfgeist war trotz des Mandatsverlustes ungebrochen. Er nahm Informationen über Unregelmäßigkeiten bei der Wahl in Wien zum Anlaß, das Wahlergebnis in drei Wiener Wahlkreisen anzufechten.

Rasch konnten wir den Führungsorganen und einem nicht unwesentlichen Teil des Funktionärskorps bewußt machen, daß wir mit einigem Geschick eine parlamentarische Schlüsselrolle einnehmen könnten. Dankbar vermerke ich rückschauend, daß es nach dem 1. März 1970 weder zu einer Krise noch zu einem „Köpferollen“ kam. Der Bundesparteivorstand blieb geschlossen und voll handlungsfähig.

Tassilo Broesigke hatte mit seiner Anfechtung Erfolg. Die partielle Wahlwiederholung in Wien am 4. Oktober 1970 war ebenfalls erfolgreich. Wir waren wieder sechs und der wiedergewählte Mehrfach-Fachmann Broesigke natürlich ein außerordentlicher Gewinn für den kleinen Klub unter den geänderten Voraussetzungen.

Bei der Zustimmung zum Budget 1971 vermochten wir uns als Verhandlungspartner auf einer sachbezogenen Ebene zu bewähren. Wenn jüngst ein neues Haushaltsrecht mit einer modernen Budgettechnik im Nationalrat einstimmig beschlossen wurde, so gehen seine Ursprünge auf die Vereinbarungen mit den Sozialisten aus dem Jahre 1970 zurück.

Meilenstein in der Geschichte der FPÖ

Der 26. November 1970 wurde schließlich zu einem Meilenstein in der Geschichte der Freiheitlichen Partei: An diesem Tag wurde mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ die Wahlrechtsreform gegen jene der ÖVP beschlossen. Was 1957 nicht gelang und was wir 1964 verfehlten, konnte nun endlich in einem dritten Anlauf erreicht werden.

Die ÖVP reagierte auf die Reform schroff ablehnend. Sie stellte die Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes der Verfassung fest und setzte mit ihrer Mehrheit in der niederösterreichischen Landesregierung den Beschluß durch, das neue Wahlrecht beim Verfassungsgerichtshof anzufechten. Die Beschwerde der niederösterreichischen Landesregierung wurde am 15. Oktober 1971 vom Verfassungsgerichtshof abgewiesen.

In der „Geschichte der Freiheitlichen“ bezeichnet Dr. Kurt Piringer die Zeit der SPÖ-Minderheitsregierung als Blütezeit für die FPÖ. Ich zitiere daraus einen Satz: *)

„Das starke Parlament, die schwache Regierung und eine noch schwächere ÖVP schufen geradezu ideale Voraussetzungen, die FPÖ in der Innenpolitik stärker denn je zur Geltung zu bringen.“

Im Frühsommer 1971 entschloß sich Bundeskanzler Dr. Kreisky, die vorzeitige Auflösung des Nationalrates anzustreben und die Ära der Minderheitsregierung abrupt zu beenden. Bezüglich des freiheitlichen Ja oder Nein gab es eingehende Überlegungen im Sinne des Für und Wider. Auf diese hier und jetzt näher einzugehen, würde den vorgegebenen Rahmen sprengen.

Schließlich entschieden auch wir uns für die vorzeitige Auflösung des Nationalrates und für vorverlegte Neuwahlen, die am 10. Oktober 1971 die erste absolute Mehrheit für Dr. Bruno Kreisky ergaben, welche sich dann noch einmal 1975 und 1979 wiederholen sollte. Es stand: 93 SPÖ : 80 ÖVP : 10 FPÖ.

*) Vgl. dazu Piringer, *Geschichte der Freiheitlichen* (s. o. Anm. S. 26) S. 178



Nationalratswahlkampf 1971

Original: NFZ

Die Isolation überwunden

Das Ziel, Regierungspartei zu werden, wurde verfehlt. Das „Laßt Kreisky und sein Team arbeiten“ beherrschte die bundespolitische Szene in den Siebzigerjahren. Dennoch blieb die lange Wegstrecke im politischen Ghetto und damit die Ausschaltung der Freiheitlichen von der politischen Mitsprache Vergangenheit. Die gefürchtete Isolation war endgültig überwunden. Aus der Sechs-Mann-Fraktion war mit Hilfe der Wahlrechtsreform ein freiheitliches Zehner-Team geworden.

Jene Gesprächsgrundlagen, die sich in der Minderheitsregierung entwickelten, wurden zur Zeit der Mehrheitsregierung mit den Sozialisten aufrechterhalten und ausgebaut. Zwischen Bundeskanzler Dr. Kreisky und mir ergab sich eine politische Partnerschaft sui generis, die in einer sehr differenzierten Oppositionspolitik im Parlament ihren Niederschlag fand. Der Unterschied zur Konfrontationspolitik der Österreichischen Volkspartei bestand unter anderem auch darin, daß wir nicht alles in Bausch und Bogen ablehnten, was von der sozialistischen Mehrheitsregierung kam.

Als möglicher Koalitionspartner profiliert

Wir Freiheitlichen opponierten nicht nur gegen die Sozialisten, sondern wir kooperierten dort mit ihnen, wo dies von grundsätzlichen freiheitlichen Überlegungen her möglich war. Der Bogen reichte vom Ja zur Mehrwertsteuer über die Heeresreform bis zur Annahme einzelner Budgetkapitel.

So wurde die Rolle der konstruktiven Opposition bewußt und konsequent mit dem Ziel aufgebaut, für den Fall des Verlustes der absoluten sozialistischen Mehrheit in gleichem Maße wie die ÖVP ein möglicher Koalitionspartner zu sein.

Aus der Fülle des Geschehens der Jahre von 1971 bis 1983 möchte ich aus zeitlichen Gründen nur ganz wenige Ereignisse berühren:

In diesen Jahren wurde ein außerordentlich kooperatives Klima zum Österreichischen Gewerkschaftsbund aufgebaut. Mit und in ihrem langjährigen Angestellten-Betriebsratsobmann von Semperit, Wilhelm Kindl, erhielten die Freiheitlichen ihren ersten Vertreter im Bundesvorstand des ÖGB. Er hat die schwierige Aufgabe der Einmann-Fraktion mit großer Sachkenntnis und hohem Einfühlungsvermögen erfolgreich bewältigt.

In die erste Hälfte der Siebzigerjahre fällt auch ein Ergebnis von besonderer politischer Bedeutung: Die Entkrampfung des durch viele Jahre hindurch sehr angespannten Verhältnisses zwischen der Freiheitlichen Partei und der Österreichischen Volkspartei. Etliche schwerwiegende Gründe für diesen, zumindest aus freiheitlicher Sicht, unbefriedigenden Zustand habe ich ja in den vorangegangenen Ausführungen erwähnt. Im besonderen sei an jene schon dargelegte Verhärtung erinnert, die sich zwischen den beiden Parteien in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung von 1966 bis 1970 ergeben hat.

Sinneswandel in der ÖVP

Die parlamentarische Rolle, welche die FPÖ während der sozialistischen Minderheitsregierung gespielt hat, ließ einige ÖVP-Führungsfunktionäre aufhorchen. Dazu gehörte der langjährige Parlamentspräsident und Bundesobmann des Arbeiter- und Angestelltenbundes Dr. Alfred Maleta. Nach meiner Erinnerung leitete eine Maleta-Erklärung auf dem Bundestag des ÖAAB im Mai 1971 das politische „Tauwetter“ ein. Dr. Maleta führte damals aus:

„Deshalb ist jetzt der blaue Peter für eine Analyse fällig. Er ist ein guter Taktiker, der seine Partei aus der Sackgasse geführt hat. Es gibt auch noch andere gute Köpfe in der FPÖ, etwa einen Zeillinger. Sie alle werden uns nichts schenken. Daher sind Plauderstündchen im Stile der Vergangenheit völlig zwecklos. Deshalb wäre auch der Glaube kindisch, daß die FPÖ sich als Droh- und Druckmittel benützen und als mißbrauchte Rute sich in eine verstaubte Ecke stellen ließe. Nichts wäre bei Verhandlungen mit der FPÖ psychologisch falscher, als den Verdacht zu erwecken, daß man sie nur ‚benützen‘ möchte.“

Daran hätte Generalsekretär Dr. Michael Graff denken sollen, als er während der Regierungsverhandlungen 1983 den entlarvenden Satz formulierte:

„Und wenn wir die Rothaarige nicht bekommen, dann versuchen wir es eben mit der Blauäugigen.“

Ein Problem für die ÖVP besteht heute unter anderem darin, daß Dr. Michael Graff mit seinem bekannten personellen Umfeld nichts dazugelernt hat. Nun aber wieder zurück zu dem, was sich damals zwischen ÖVP und FPÖ abgespielt hat.

Schleinzers Erklärung zum Verhältnis ÖVP-FPÖ

Es blieb nicht nur bei diesen Worten Dr. Maletas. Die Dinge entwickelten sich weiter. Im Sommer 1971 kam es nach der vorzeitigen Auflösung des Nationalrates zu einer Begegnung zwischen Bundesparteiohmann Dr. Karl Schleinzer und mir in Murau. In meiner Beurteilung ist und bleibt diese Begegnung der Beginn einer Bereinigungs- und Konsolidierungsphase zwischen der Freiheitlichen Partei und der Österreichischen Volkspartei. Konkretes Ergebnis war und ist die Schleinzer-Aussage auf dem ÖVP-Bundesparteitag vom 1. Dezember 1972 in Salzburg, mit der der damalige ÖVP-Bundesparteiohmann die zwischen den nichtsozialistischen Parteien bestehenden politischen Hypothesen aus der Welt schaffte und sein persönliches Verhältnis zur FPÖ begründete: Ich zitiere Dr. Schleinzer:

„Die FPÖ ist, das wissen wir spätestens seit dem Jahr 1970, keine politische Größe, die wir einfach vernachlässigen können. Wer eine realistische Politik betreiben will, muß heute von der Realität eines Dreiparteiensystems in Österreich ausgehen. Die gemeinsame Aufgabe der Opposition hat zwischen ÖVP und FPÖ eine Gesprächsbasis ergeben, von der heute niemand mehr behaupten kann, daß sie nicht vorhanden ist. Es ist sogar zur Entstehung eines echten Gesprächsklimas zwischen beiden Parteien gekommen.“

Zur Abrundung der damals im konservativen Lager vorhandenen Stimmung sei an den Aufmacher der „Kleinen Zeitung“ vom 2. Dezember 1972 erinnert. Er las sich folgendermaßen:

„VP bietet FP Koalition und Wahlrechtsgarantie.“

Meine Damen und Herren!

Diese Gesinnung gab es wirklich einmal in der Führung der Österreichischen Volkspartei gegenüber den Freiheitlichen. Sie scheint aber mit Dr. Karl Schleinzer begraben worden zu sein.

Der Ordnung halber sei noch angemerkt, daß sich aus den persönlichen Kontakten Schleinzer – Peter ein solider Gesprächskreis zwischen der ÖVP und der FPÖ entwickelt hat, an dessen Zustandekommen und Pflege die Herren Sallinger und Minkowitsch sowie Broesigke und Zeilinger maßgeblich mitgewirkt haben.

Mit dem tragischen Unfalltod Dr. Karl Schleinzers hat diese Entwicklung ein jähes Ende gefunden. Einen der Gründe dafür sehe ich darin, daß Dr. Karl Schleinzer nicht aus dem Cartellverband sondern aus der Tradition des Kärntner Landbundes kam und daß sich diese mit der Grundeinstellung von CV-geprägten ÖVP-Generalsekretären wie Dr. Kohlmaier und Dr. Graff kaum in Einklang bringen läßt.

Ein Rückblick auf 30 Jahre Parteigeschichte ohne Äußerung des Chronisten zum Thema der Jugend hieße, einen wesentlichen Bestandteil derselben übersehen. Mit der Jugend war die FPÖ im wesentlichen auf folgenden Ebenen konfrontiert: Im außerparlamentarischen Vorfeld agierte der Ring Freiheitlicher Studenten. Er war Jahre hindurch für die Freiheitliche Partei ein nicht zu übersehendes Nachwuchsreservoir. Der Bogen der aus ihm gekommenen Persönlichkeiten reicht von Hirschall über Bogner, Steiner, Bauer, Krünes und Götz bis hin zu Steger, Frischenschlager und Gugerbauer.

National-freiheitliche Mitte

Üben Sie nicht nur bei diesem Thema, sondern bezüglich meiner gesamten Ausführungen Nachsicht dahingehend, daß es sich um die Darstellung eines Mannes handelt, der diese 30 Jahre im Vordergrund des Geschehens gestanden ist und die Dinge nur nach eigener Sicht und Erfahrung beurteilen kann – das auch dann, wenn dies Ihren Widerspruch hervorrufen sollte. Würde ich anders argumentieren, würde ich weder meiner Erfahrung noch meiner Persönlichkeit gerecht.

Je mehr sich die FPÖ im Laufe ihrer Entwicklung vom rechten Spektrum der politischen Landschaft Österreichs zur Mitte bewegte, umso mehr Einwände kamen gelegentlich nicht nur aus dem RFS sondern aus dem gesamten national-freiheitlichen Vorfeld. Die national-freiheitliche Mitte ist keine Erfindung von mir, sondern war und ist für mich eine Art Vermächtnis des Parteigründers für die gesamte Gesinnungsgemeinschaft.

Absage an jede Art von Extremismus

Dipl.-Ing. Anton Reinthaller wird von den konservativen Rechten manchmal heute noch strapaziert und – das kann nicht nachdrücklich genug unterstrichen werden – gründlich mißverstanden und fehlinterpretiert. Schon auf dem Gründungsparteitag erteilte die FPÖ mit Reinthaller an der Spitze mit der Forderung nach einer Politik der Mitte jeder Art von Extremismus – dem von links ebenso wie dem von rechts – eine unmißverständliche Absage. Und genauso deutlich hat die Freiheitliche Partei Österreichs von ihrem Gründungsparteitag an klargestellt, daß sie kein Erbe des Nationalsozialismus ist. Diesem Vermächtnis Anton Reinthallers ist die FPÖ in den 30 Jahren ihres Bestandes konsequent gerecht geworden und wird es auch weiter sein.

In diesem Punkt kann nur ohne jedes Augenzwinkern nach dem Grundsatz verfahren werden, daß ein bißchen rechtsextrem genauso unmöglich ist, wie ein bißchen schwanger zu sein. Mag dieser Vergleich auch hinken, er macht aber deutlich, was ich meine. Ob das gewissen Kreisen um Dr. Burger paßt oder nicht, ist für mich ohne Bedeutung.

Ich darf daran erinnern, daß der Ring Freiheitlicher Studenten dereinst über stolze 25 und mehr Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen an den Hochschulen verfügt hat. Je überzeugender die FPÖ auf ihrem Weg in die politische Mitte vorangekommen ist, umso schwächer wurde der RFS. Ob die Ursache darin besteht, daß der Ring Freiheitlicher Studenten sich im gleichen Entwicklungsablauf immer fester in der rechten Nische festsetzte, scheint mir bisher zu wenig ausgeleuchtet worden zu sein, um ein schlüssiges Urteil fällen zu können.

Eine „männerbundgeprägte“ Hochschulorganisation, die bis heute nicht wahrhaben will, daß eine Studentenvertretung ihre Aufgabe nur im partnerschaftlichen Sinne und somit unter Einschluß von Studentinnen bewältigen kann, vermag eben den Erfordernissen der Zeit nicht gerecht zu werden.

Die abnehmende geistige und personelle Potenz des RFS machte es bereits zu meiner Zeit als Bundesparteiobmann notwendig, Überlegungen anzustellen, wie sich die FPÖ einen besserem Zugang zu den an den Universitäten Studierenden und zu jungen Akademikern verschaffen kann. Die Idee von mit öffentlichen Mitteln geförderten Parteiakademien wies dazu den Weg. Sie wurde vom damaligen Bundeskanzler Dr. Kreisky akzeptiert und für alle drei im Parlament vertretenen Parteien – von denen auch gemeinsam einstimmig beschlossen – verwirklicht.

Atterseekreis verstärkt liberales Element

Mit Hilfe des von mir ins Leben gerufenen Atterseekreises war es möglich, die FPÖ orientierten RFS-Vertreter ebenso wie die mit den Freiheitlichen sympathisierenden Studenten und Jungakademiker und auch Nichtakademiker für Seminare und Tagungen besonderer Art zu interessieren und sie so an die Gesinnungsgemeinschaft heranzuführen. Das inzwischen gegründete Freiheitliche Bildungswerk leistete und leistet dabei wertvolle Dienste. Der Atterseekreis nahm gegenüber Führungsfunktionären mit betont national-konservativer Einstellung eine kritische Haltung ein und verstärkte das liberale Element, was meinen persönlichen Vorstellungen bezüglich der Notwendigkeit eines neuen politischen Leitbildes in Richtung einer künftigen Regierungspartei entsprach.

Vom freiheitlichen Manifest zum neuen Parteiprogramm

Den Rohentwurf des Freiheitlichen Manifestes zur Gesellschaftspolitik legte Dr. Broesigke am 11. August 1972 vor. Nach einer einjährigen innerparteilichen Grundlagenarbeit wurde das Freiheitliche Manifest am 5. und 6. September 1973 in einer erweiterten Bundesparteileitungssitzung im Linzer Brucknerhaus beschlossen. Erweitert wurde dieses Führungsorgan durch Vertreter des Ringes Freiheitlicher Jugend sowie des Atterseekreises. Deren Anträge wurden durch stimmberechtigte Bundesparteileitungsmitglieder übernommen und standen mit in Behandlung. Nicht „Berufsideologen“ oder „Ghostwriter“ gestalteten 1973 die Neuprofilierung unter verstärkter Betonung liberaler Grundsätze, sondern Parteifreunde, genauso wie auch das neue Parteiprogramm von 1985 unter Stix und Frischenschlager aus der Gesinnungsgemeinschaft gewachsen und zu einem sinnvollen Ganzen des Liberalen und Nationalen heutiger Prägung unter der verbindenden Klammer der Freiheitlichen Partei geworden ist.



Das Parteiprogramm 1985

Gar nicht wenige der an der Schwelle der Siebzigerjahre aus dem Atterseekreis und aus dem Ring Freiheitlicher Jugend gekommenen Nachwuchspolitiker bekleiden heute hohe und höchste Führungsfunktionen in der Partei. Aufgrund dieser meines Erachtens überwiegend positiven Erfahrungen empfehle ich der Parteiführung die weitere Pflege des Atterseekreises.

Möge darüber hinaus Alfred Ruhdorfer die ins Auge gefaßte Erneuerung des Ringes Freiheitlicher Jugend gelingen. Die von ihm jüngst dargelegten Ideen haben im Bundespartei Vorstand viel Anerkennung und Zustimmung gefunden. Da ich persönlich den RFS nicht mehr für erneuerungsfähig erachte, wird man zudem nach neuen Wegen in der Hochschulpolitik Ausschau halten müssen.

Regierungsteilnahme offen angepeilt

Der Innsbrucker Bundesparteitag vom September 1974 ist für mich rückschauend einer der interessantesten in der Geschichte der FPÖ. Ich hielt die Dinge in der Partei damals für reif, ein Tabu zu brechen und die Bereitschaft zur Regierungsteilnahme unter der Voraussetzung der Beseitigung der absoluten Mehrheit der SPÖ den Delegierten offen zu signalisieren. Im übrigen stand diese Vorgangsweise voll und ganz im Einklang mit der Parteiführung.



Viele Gespräche und Verhandlungen im Dienste Österreichs.
Oben: Auf Staatsbesuch in der UdSSR bei Staatspräsident Podgorny.
Unten: Ministerpräsident Kossygin besucht Wien.

Original: F. Peter



Papst Johannes Paul II in Wien (11. 9. 1983, Wiener Hofburg)
Original: HBF



Friedrich Peter begrüßt den französischen Ministerpräsidenten Pierre Mauroy (23. 2. 84).
Original: Foto Haslinger



Der dänische Ministerpräsident Poul Schlüter auf Besuch in Wien (6. 2. 1986)
Original: Foto Haslinger



Langjährige Freundschaft und Zusammenarbeit: Friedrich Peter im Gespräch mit dem
Vizekanzler und Außenminister der BRD Hans-Dietrich Genscher (Bonn 8. 2. 1984).
Original: Bundesbibliothek Bonn

Natürlich legte ich mir Formulierungen zurecht, mit denen ich von den Delegierten Zustimmung und nicht Ablehnung erwarten durfte. Es kam auch kein Widerstand, nur der Delegierte Holger Bauer – als mein Bundespressereferent wußte er ja, in welche Richtung ich argumentieren würde – wollte mit Hilfe eines Antrages die Bedingungen (er nannte es „Konkretisierung“) für die Regierungsbeteiligung fixieren, was natürlich bei mir nicht zuletzt als vom Feuer der Jänner-Erklärung von 1970 gebranntes Kind auf den heftigsten Widerstand stieß und nicht nur auf meinen. Aber lassen wir mit einigen Sätzen Dr. Kurt Piringer zu Wort kommen, der dazu unter anderem schreibt: *)

„Bauer stieß nahezu auf einhellige Ablehnung auch bei Scrinzi und Götz. Peter tat aber noch ein übriges. Er verdonnerte Bauer in offener Parteisit- zung vom Rednerpult aus . . . Die öffentliche Rüge erregte bei den Pres- seleuten . . . beträchtliches Aufsehen. Dazu kam, daß es im Grundsatzre- ferat Peters auch nicht an kritischen Bemerkungen über die Mitarbeit der Jugend in der Partei fehlte. Politische Senkrechtstarter müßten eine Aus- nahme bilden. Die Regel sei der Weg von unten nach oben, wie ihn die jüngsten Landesparteiobmänner Schender und Stix beschritten hätten . . .“

Den Führungswechsel vorbereiten

Es war ja auch nicht unbedingt falsch, was ich Holger Bauer damals ins Stammbuch schrieb, ob es auch klug war, bezweifle ich heute. Psychologisch war es sicherlich keine Meisterleistung. Von dort weg wurde mir bewußt, daß ich selbst und ohne Absicht die Diskussion über meine Nachfolge eingeleitet hatte, und wie Sie wissen, dauerte es immerhin noch einige Zeit, bis der Führungswechsel stattfand. Auf- grund des aus meiner Sicht nicht befriedigenden Stimmenergebnis- ses von 74 Prozent bei der Wiederwahl zum Bundesparteiobmann auf dem Bundesparteitag 1976 in Villach, faßte ich nach einer gründlichen Überlegung den Entschluß, künftig nicht mehr zu kandidieren, sodaß dem Führungswechsel nichts mehr im Wege stand und sich die Partei in Ruhe darauf vorbereiten konnte. Der Wunsch und das Bedürfnis da- nach ist nach einer so langen Amtszeit legitim. Die eine oder andere kritische Anmerkung einzelner Delegierter von damals ist längst ver- gessen.

*) Vgl. dazu Piringer, Geschichte der Freiheitlichen (w. o. Anm. S. 26) S. 231 f.

**NOTWENDIG
FÜR
ÖSTERREICH**



FPÖ

**FRIEDRICH PETER:
ZUR DEMOKRATIE GEHÖREN**

3

Plakat für die Nationalratswahl 1975

Mit einer Eigenschaft hat mich das Schicksal für die Politik gut ausgestattet: Ich kann auf Dauer niemandem böse sein und schon gar nicht etwas nachtragen, weder dem Gegner und schon gar nicht dem Freund, natürlich auch nicht dem Parteifreund!

Im Februar 1978 wurde dann Bürgermeister DDr. Alexander Götz auf der Klausurtagung des Bundesparteivorstandes in Baden zum Bundesparteiohmann vorgeschlagen und am 14. ordentlichen Bundesparteitag im gleichen Jahr in Wien mit einer überwältigenden Mehrheit gewählt.

Das Jahr mit Götz

Das Jahr mit Götz brachte der Freiheitlichen Partei Österreichs einen erheblichen Auftrieb und einen stimmungsmäßigen Aufschwung, was mit dem Gewinn eines elften Mandates auf Kosten der ÖVP bei der Nationalratswahl 1979 erfreulich zu Buche schlug. Die Würdigung der Funktionszeit des Bundesparteiohmannes DDr. Alexander Götz hat Dr. Kurt Piringer in der „Geschichte der Freiheitlichen“ in einer sehr sachlichen Form vorgenommen, der ich als Vorgänger im Amt nichts hinzufügen möchte, zumal der Anzusprechende heute auch nicht anwesend ist.

Ich teile mit Dr. Kurt Piringer die Ansicht, daß es Horst Schender und Dr. Willfried Gredler in erster Linie zuzuschreiben ist, wenn der FPÖ nach dem überraschenden Götz-Rücktritt eine schwere Krise erspart geblieben ist. Horst Schender gelang es in seiner besonnenen Art, eine Phase der inneren Beruhigung einzuleiten.

Mit dem Gewicht des Älteren und zur tagespolitischen Auseinandersetzung bereits auf Distanz Befindlichen hat Willfried Gredler außerordentlich viel zum Glätten der parteiinternen Wogen beigetragen.

Stegers schwieriger Start

Der 2. März 1980 bescherte uns im Linzer Brucknerhaus den sicher schwierigsten Parteitag in der Geschichte der FPÖ, für den Dr. Piringer den Ausdruck „Kampfwahl ohne Kampf“ geprägt hat. Die beiden Obmannkandidaten Steger und Ofner waren nicht zu beneiden, und der Start des mit etwas mehr als 55 Prozent der Stimmen gewählten Bundesparteiohmannes war schwierig.



Kandidatenpräsentation für die Nationalratswahl 1979 im Parkhotel Schönbrunn in Wien.

Original: F. Peter



ao. Bundesparteitag 1980: Dr. Harald Ofner gratuliert dem neugewählten Bundesparteiobmann Dr. Norbert Steger, dem er bei der Wahl nur knapp unterlegen ist.

Original: Votavafoto

Jedenfalls hat Bundesparteiobmann Dr. Norbert Steger 1983 das verwirklicht, was ich 20 Jahre hindurch angestrebt hatte: Die Regierungsbeteiligung der FPÖ. Am 2. März dieses Jahres ist er in sein siebentes Funktionsjahr als Bundesparteiobmann eingetreten. Ich wünsche ihm – und ich nehme an, daß ich das auch in Ihrem Namen tun darf – angesichts der 1987 bevorstehenden Nationalratswahl, daß diese für ihn und damit für die FPÖ trotz aller Schwierigkeiten erfolgreich geschlagen werden möge. Vor allem aber möge ihn jenes Glück nicht verlassen, das er bisher hatte und das wir brauchen, um die Regierungsbeteiligung in der nächsten Gesetzgebungsperiode fortsetzen zu können.

Ich würde mich einer groben Unterlassung schuldig machen, würde ich an dieser Stelle ein Wort des Dankes an Harald Ofner versäumen, dessen Loyalität wir es mitverdanken, daß der Führungswechsel von Götz zu Steger im Jahre 1980 gelungen ist. Heute verfügt die FPÖ in Steger und Ofner über ein Führungsgespann, mit dem die Freiheitliche Partei Österreichs die gesteckten Ziele erreichen und verwirklichen kann und wird!

Dr. Gredlers Präsidentschaftskandidatur

Ehe ich zum Jahre 1983 und damit zum Eintritt in die Bundesregierung komme, lassen Sie mich noch an jene bedeutsame Entscheidung erinnern, welche die FPÖ mit der Kandidatur Dr. Willfried Gredlers bei der Bundespräsidentenwahl im Jahre 1980 gesetzt hat. Nachdem die Österreichische Volkspartei bei der Bundespräsidentenwahl vor sechs Jahren Abstinenz geübt und keinen Kandidaten aufgestellt hat, war es damals – im Gegensatz zu heute – aus einem ganz besonderen Grund notwendig, einen eigenen freiheitlichen Kandidaten aufzustellen.

Dies vor allem und gerade deswegen, weil es für das seinerzeit noch einmal kandidierende Staatsoberhaupt unzumutbar und vom Standpunkt Österreichs gegenüber dem Ausland problematisch gewesen wäre, wenn einem Dr. Rudolf Kirchschräger am 18. Mai 1980 nur ein umstrittener Außenseiter vom Typ des Dr. Burger und nicht ein angesehener Mitbewerber in der Person Dr. Willfried Gredlers gegenübergestanden wäre, der immerhin 751.400 Stimmen erringen konnte.

Von diesem Gesichtspunkt aus war die Gredler-Kandidatur bei der letzten Bundespräsidentenwahl eine staatspolitische Notwendigkeit. Ich spreche daher sicher in Ihrer aller Namen, wenn ich unterstreiche, daß wir Freund Gredler für die damalige Opferbereitschaft heute noch dankbar sind.

Im übrigen lehrt die Erfahrung, daß die FPÖ ihren Anhängern und Wählern keine zum Erfolg führende Alternative bei einer Bundespräsidentenwahl anbieten kann. Für eine kostenaufwendige organisatorische Beschäftigungstherapie des Parteiapparates oder gar für die Herbeiführung einer Stichwahl, aus welchen Gründen auch immer, sind die Zeiten jedoch zu ernst.

Und eine weitere Erfahrung lehrt, daß die bei Bundespräsidentenwahlen auf einen von uns gestellten Kandidaten entfallenden Stimmen weder ganz noch teilweise ausgewertet und genützt werden können.

Die 662.559 Stimmen des Jahres 1951 für Burghard Breitner wurden von den Medien lediglich dann strapaziert, wenn es galt, der Öffentlichkeit vor Augen zu führen, daß der VdU bei der nächsten Nationalratswahl nicht in der Lage war, an dieses Stimmenpotential auch nur annähernd heranzukommen.

Aus diesen und anderen Gründen war es meiner Meinung nach richtig, daß der Bundesparteivorstand 1986 keinen eigenen Kandidaten aufgestellt hat. Die Unterstützungsfrage in diese oder jene Richtung stellt sich nach den Erfahrungen des Jahres 1951 überhaupt nicht, da dieses Problem seinerzeit dem VdU im zweiten Wahlgang gründlich auf den Kopf gefallen ist. Und eine der Schlußfolgerungen in der Politik lautet: Aus gemachten Fehlern nicht zu lernen, ist sträflicher Leichtsinn!

In der Rolle der Mitgestaltung

Ich komme zum Schluß und damit zu jener Herausforderung, der sich die FPÖ durch die Teilnahme an der Bundesregierung im Jahre 1983 gestellt hat. Diese Aufgabe stellte sich uns Freiheitlichen leider nicht unter jenen günstigen Voraussetzungen, wie sie noch an der Schwelle der Siebzigerjahre gegeben gewesen waren, und schon gar nicht, wie wir sie 1963/64 angetroffen hätten.

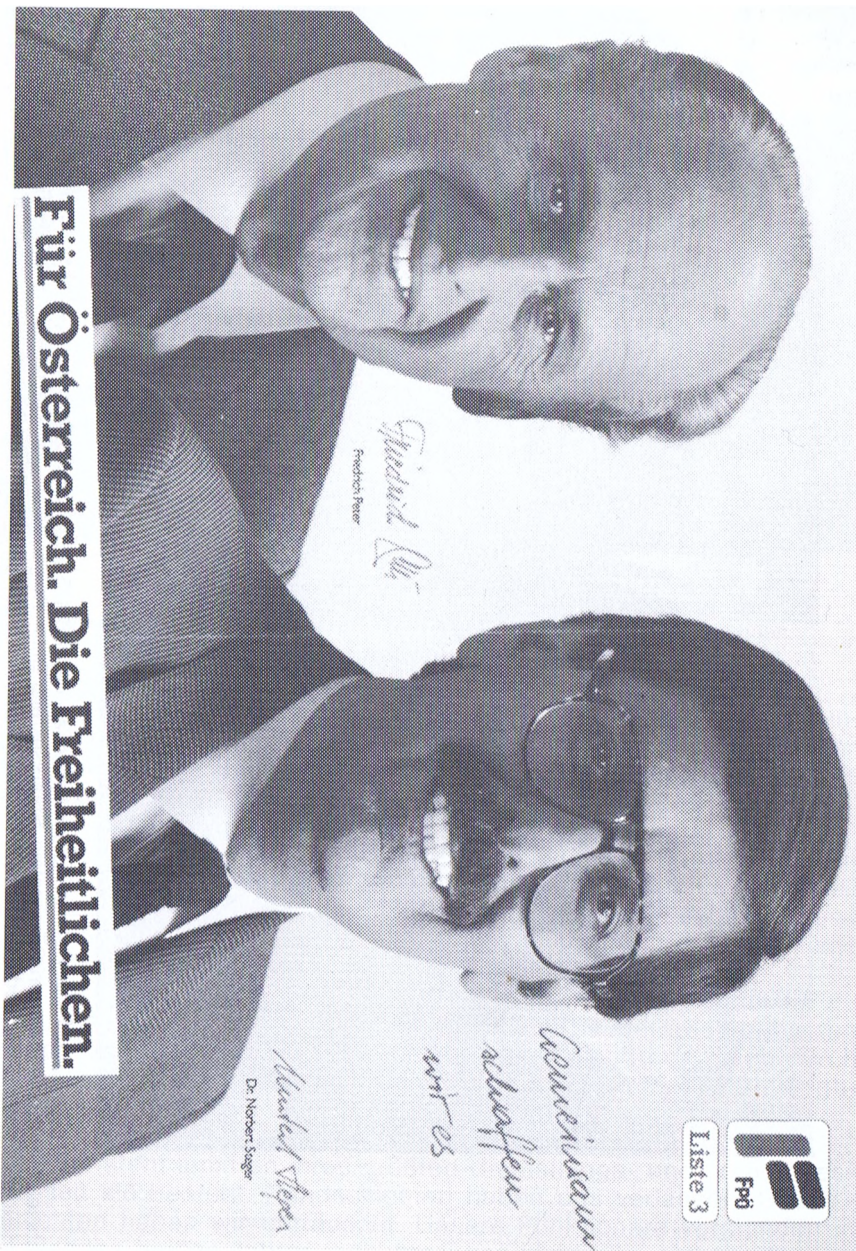
Was politische Konsequenz und Beharrlichkeit in der Politik bedeuten, vermag man vielleicht zu erkennen, wenn man bedenkt, daß wir 20 Jahre entschlossen auf das Ziel hingearbeitet haben, eines Tages die freiheitliche Mitgestaltung in der Bundesregierung zu erreichen.

Was wurde da 1975 und 1983 zum Beispiel von unseren Gegnern an Anfeindungen inszeniert. Wie und mit welchen Methoden wurden da freiheitliche Spitzenleute attackiert, gleichgültig ob sie Peter, Steger oder Frischenschlager heißen. Was wurde einem Ofner unterstellt – alles, nur um unsere Funktionäre durcheinanderzubringen und unsere Wähler zu verunsichern. Stellen wir uns darauf ein, daß uns in Richtung der kommenden Nationalratswahl vom Gegner das Leben so schwer wie nur möglich gemacht werden wird.

Die zurückliegenden Landtagswahlen haben uns schmerzlich vor Augen geführt, welch ungeheuren Belastungsproben unser Gesinnungsanhänger ausgesetzt wurde. Mobilisieren wir alle unsere Abwehrkräfte und immunisieren wir die Mitarbeiter gegen die Demagogie und das Gift des Gegners.

Grenzen der Konsensdemokratie nicht überschreiten!

Beachten wir aber selbst streng die geschriebenen und ungeschriebenen Gesetze dieser Konsensdemokratie. Überschreiten wir nie die Grenzen des für den andersdenkenden Demokraten Zumutbaren, damit die Konsensdemokratie nicht zu einer Konfliktdemokratie entartet.



Für Österreich. Die Freiheitlichen.

Friedrich Peter
Friedrich Peter

*Gemeinsam
schaffen
wir es*
Herbert Sager
Dr. Herbert Sager

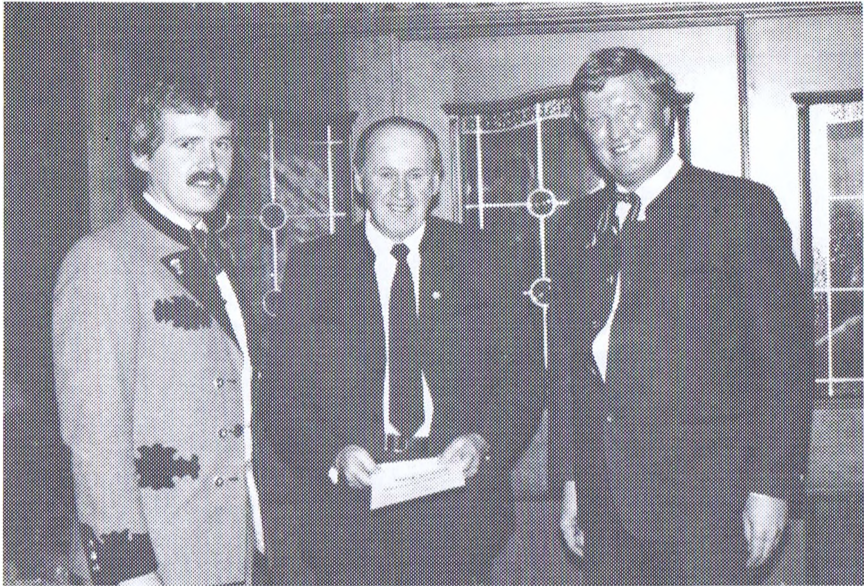
FPÖ
Liste 3

Plakat für Nationalratswahl 1983



Die erste freiheitliche Regierungsmannschaft, die am 24. 5. 1983 angelobt wurde: Von links nach rechts: Staatssekretär Dr. Mario Ferrari-Brunnenfeld, Staatssekretär Dkfm. Holger Bauer, Justizminister Dr. Harald Ofner, Vizekanzler und Handelsminister Dr. Norbert Steger, Verteidigungsminister Dr. Friedhelm Frischenschlager, Staatssekretär Ing. Gerulf Murer.

Original: Archiv FBW



Friedrich Peter erhält das „Goldene Parteiabzeichen“ (März 1982).
Neben ihm: Landesparteiobmann LAbg. Horst Schender und
der heutige Abg. z. NR. und Wehrsprecher der FPÖ Dr. Norbert Gugerbauer.

Original: F. Peter

Hüten wir uns vor jenen, welche die Dritte Republik anpreisen. Bringen wir die Zweite Republik in Ordnung, wo sie in Unordnung geraten ist. Die Zweite Republik war uns 40 Jahre Heimat und Vaterland. Sie soll es auch für unsere Kinder und Kindeskiner bleiben.

Worum es geht und was auf dem Spiele steht, das brauche ich bewährten und erfahrenen Mitarbeitern wie Ihnen nicht im einzelnen darzulegen. Wir haben Jahre und Jahrzehnte eines beschwerlichen Oppositionsweges mit all seinen leidvollen Erfahrungen hinter – und ich hoffe es – einen langen Weg als Regierungspartei vor uns.

Wir segeln seit 1983 nicht nur hart am Wind, sondern durchpflügten manche sturmbewegte See. Nicht nur einmal führte der Weg durch schroffe Klippen hindurch. Und es wird noch nicht der letzte Sturm gewesen sein, den es zu bestehen galt.

Die FPÖ steht inmitten ihres größten Umstellungs- und Lernprozesses seit sie besteht. Randschichten haben uns verlassen. Stammschichten haben wir enttäuscht. Unsere Funktionäre verstanden in den letzten beiden Jahren manchmal uns nicht oder nicht mehr, und manchmal haben auch wir sie nicht verstanden.



Die neue freiheitliche Mannschaft mit dem scheidenden Klubobmann. Von links nach rechts: Friedrich Peter, Holger Bauer, Gerulf Murer, der neue Verteidigungsminister Helmut Krünes, Norbert Steger, Harald Ofner, der neue Klubobmann Friedhelm Frischenschlager und Mario Ferrari-Brunnenfeld.

Original: Bernhard J. Holzner

Liebe Freunde! Verehrte Gäste!
Meine Damen und Herren!

Die zurückliegenden 30 Jahre waren ein permanenter freiheitlicher Existenzkampf.

Wir haben ihn bisher bestanden.

Wir werden ihn dann weiter bestehen, wenn wir nicht nur an uns und unsere freiheitliche Sache glauben, sondern wenn wir auch in der Lage sind, Disziplin und Ordnung in den eigenen Reihen zu halten. Sie wissen, was ich meine, es bedarf keiner ergänzenden Hinweise.

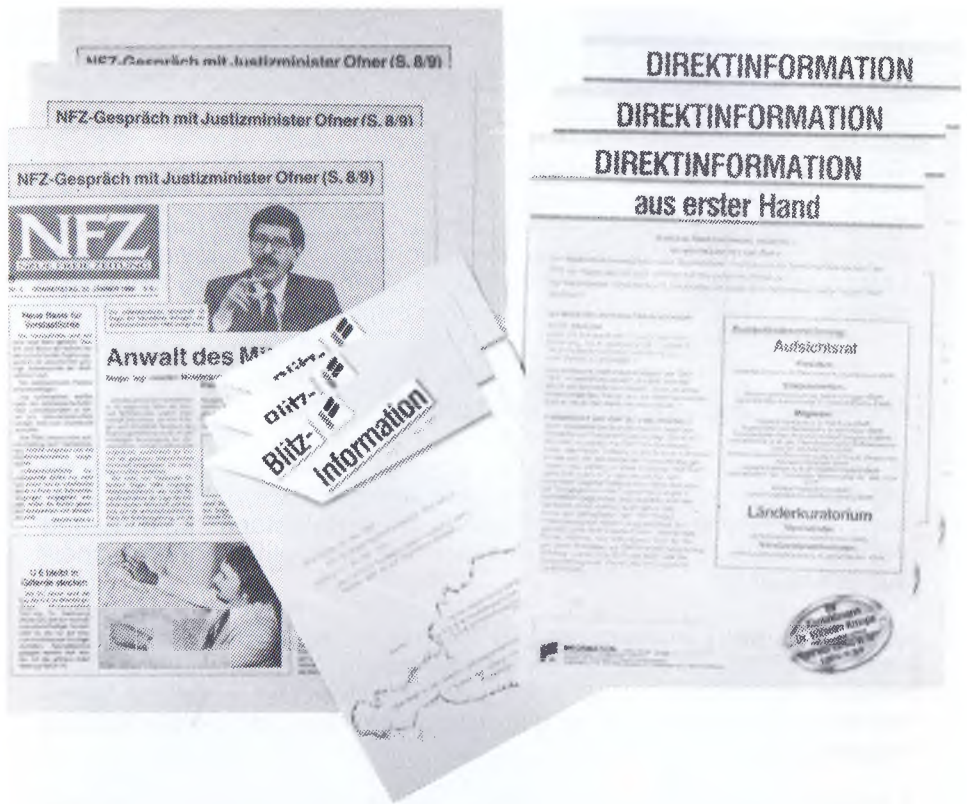
Als Regierungspartei auf dem Prüfstand

In der Bundesregierung haben wir uns mit Vizekanzler Dr. Steger an der Spitze bisher als stabiles Element erwiesen, wir haben uns aber auch als Juniorpartner dieser Koalition durch Belastungsfähigkeit und Vertragstreue ausgezeichnet und uns bei sachpolitischen Entscheidungen bewährt.

Dies und vieles andere mehr läßt sich neben sachlicher Qualitätsarbeit freiheitlicher Regierungsmitglieder positiv ins Treffen führen. Wir müssen dies mit allem Nachdruck selber tun, weil uns weder die Österreichische Volkspartei noch ein ganz bestimmter Teil der Medien als Regierungspartei sehen will.

Für diese uns übelwollenden Kreise „versitzt“ Vizekanzler Dr. Steger mit seiner freiheitlichen Regierungsmannschaft Dr. Mock im wahrsten Sinne des Wortes „den Platz an der Sonne“, den Platz in der Bundesregierung.

Die ÖVP ist durch die Fehlentscheidung des Dr. Josef Klaus vom 1. März 1970 nun runde 16 Jahre in Opposition. Sie hält das „Ausgesperrtsein“ nicht mehr aus. Für die ÖVP ist die „Regierungsbeteiligung um jeden Preis“ die Parole für die Nationalratswahl des nächsten Jahres.



Objektive Information über freiheitliche Leistungen, Erfolge und Zielvorstellungen

Bereiten wir uns umsichtig und konsequent darauf vor, als Regierungspartei auf dem Prüfstein des Wählers bestehen zu können.

Das Jahr 1983 hat den Freiheitlichen mit der Regierungsbeteiligung eine einmalige historische Chance geboten.

Beweisen wir, daß wir fähig sind, diese Chance über den Tag hinaus zum Wohle der freiheitlichen Sache im Dienste Österreichs zu nutzen. In diesem Sinne ein herzliches „Glück auf“ der FPÖ für die nächste Zukunft!

NORBERT STEGER

Der FPÖ zum dreißigsten Geburtstag *

Liebe liberale Freunde der europäischen Schwesterparteien!
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vor fünf Jahren, anlässlich unserer 25-Jahr-Feier, hatte ich – als noch jugendlicher Bundesparteiobmann – die Gelegenheit, den FPÖ-Regierungsanspruch erstmals öffentlich anzumelden. Damals wurde es von manchen Medien noch als politische Sensation gewertet, daß Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger alle drei Parlamentsparteien als grundsätzlich regierungsfähig erklärt hatte.

Heute – fünf Jahre später, zum 30. Geburtstag unserer Partei – ist diese Aussage für die meisten Österreicher demokratische Selbstverständlichkeit geworden. Neu mag für Politbeobachter sein, wie sich der Stellenwert der FPÖ im Konzert der liberalen Parteien Europas verbessert hat.

Dank an Mischnik und Schöttli

Ich danke im Namen der gesamten FPÖ dem Fraktionsvorsitzenden der FDP im Deutschen Bundestag, Herrn Wolfgang Mischnik, und dem Vizepräsidenten und Generalsekretär der Liberalen Internationalen, Urs Schöttli, dafür, daß sie eigens für diese Geburtstagsfeier nach Österreich gekommen sind und zu uns gesprochen haben. Ich kann Ihnen versichern: Der internationale Liberalismus hat durch die Arbeit der FPÖ für immer Heimatrecht in Österreich.

*) Schlußansprache von Vizekanzler und Handelsminister Dr. Norbert Steger anlässlich des Festaktes „30 Jahre Freiheitliche Partei Österreichs“ am 7. 4. 1986.



„Der internationale Liberalismus hat durch die Arbeit der FPÖ für immer Heimatrecht in Österreich.“

Original: Bernhard J. Holzner

Würdigung der Verdienste Friedrich Peters

Friedrich Peter hat als Zeitzeuge die Geschichte und die Entwicklung der FPÖ und der Zweiten Republik seit 1956 beeindruckend geschildert. Er ist jener freiheitliche Politiker, der wie kein anderer dieser Partei alle Ängste und Hoffnungen selbst miterlebt hat und dementsprechend eingehend erzählen kann. Deswegen wird kein Abgeordneter, der dabei war, Deine mahnenden Worte zur Konsensdemokratie vergessen, lieber Fritz, die Du so eindringlich bei Deiner Abschiedsrede am 4. 4. 1986 an das österreichische Parlament gerichtet hast.

Ich kann nicht für die anderen Parteien sprechen. Wir Freiheitlichen aber werden unsere Rolle als Parlamentarier immer so verstehen, daß wir schon den Anfängen jeglichen Radikalismus' wehren. Wortradikalischer und Scharfmacher werden mit uns nicht als Koalitionspartner rechnen können! Denn wir nehmen unsere Aufgabe als Wächter über den liberalen Verfassungsstaat sehr ernst.

Die Vergangenheit nicht vergessen!

Dein heutiger Blick in unsere Vergangenheit war aber nicht nur geprägt von Freude und Stolz über das Erreichte. Er zeigte uns auch, was unsere politischen Väter und Vorväter geleistet haben. Diese Vergangenheit ist eben ein wesentlicher Bestandteil unseres eigenen Selbstverständnisses.

„Die Vergangenheit vergessen, erzeugt die Wirkung, der wir heute begegnen: den Rückfall des Menschen in die Barbarei“, sagte nicht zu Unrecht der große spanische Philosoph Ortega y Gasset.

Die Ereignisse der letzten Zeit haben die Gültigkeit dieser Aussage bewiesen. Daher blicken wir Freiheitlichen sehr bewußt zurück, um deutlich zu erkennen, in welcher Tradition wir stehen: Nur wer weiß, woher er gekommen ist, weiß auch, wohin er gehen muß.

In unserer Geschichtsbetrachtung befinden sich jedenfalls keine weißen Flecken, die erst mühsam ausrecherchiert werden müßten.

Vielleicht haben wir Freiheitlichen gerade deswegen politisch so viel durchmachen müssen, weil wir immer ohne Verkrampfung und ohne Vorurteile über die Vergangenheit aller Österreicher reden wollten.

Jahrzehntelang haben wir es in der großen Koalition erlebt: Wer in seiner Jugend durch die tragischen Zustände der 30er Jahre einer NS-Organisation beitrug und in der Zweiten Republik Freiheitlicher wurde,

durfte grundsätzlich während seines ganzen politischen Lebens als Antidemokrat verdächtigt und oftmals auch diffamiert werden. Wer hingegen bei ÖVP oder SPÖ landete, war als Demokrat ausgewiesen.

Wer – zum Beispiel – wie Friedrich Peter als Jugendlicher in eine NS-Organisation geraten war, wurde trotz des offenen Einbekenntnisses des Irrweges der Jugendtage daran gehindert, für ein hohes Staatsamt zu kandidieren.

Friedrich Peter: Österreichs Wohl hatte stets Vorrang

Lieber Freund, Klubobmann Friedrich Peter!

Ich habe nicht die Absicht, als Jüngerer generell Urteile über die ältere Generation zu sprechen. Doch will ich eines festhalten: Du hast durch Dein politisches Leben und Deine Arbeit im oberösterreichischen Landtag und später im österreichischen Nationalrat mehr für die Entwicklung der Demokratie in Österreich geleistet als jene, die Dich in der Medienöffentlichkeit schon vor Jahren vorschnell aburteilen wollten.

Wir Freiheitlichen wissen, wir bleiben tief in Deiner Schuld! Deswegen danke ich Dir ganz besonders dafür, daß Du letztendlich auch 1983, als es um die Erfüllung Deines politischen Lebenstraumes, die Wahl zum Dritten Präsidenten des Nationalrates, ging, das Wohl Österreichs und den politischen Frieden im Land wichtiger genommen hast, als Deine persönliche politische Zukunft.

Zu Deinem Abschied als Klubobmann der Freiheitlichen im Parlament verspreche ich Dir die Erfüllung Deines Wunsches: Wir Jüngeren werden dafür sorgen, daß unsere Regierungsbeteiligung keine Episode bleibt! Und ich weiß, daß Du uns auch weiterhin dabei helfen wirst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe nicht die Absicht, mich in die derzeit laufende Wahlauseinandersetzung um das Amt des Bundespräsidenten einzumischen, denn: Wer immer auch gewählt wird, er ist unser Bundespräsident. Dennoch wirkt vieles sehr wenig aufrichtig. Manches erinnert an den Zauberlehrling. „*Die Geister, die ich rief, werde ich nicht los.*“

Opposition mißt mit zweierlei Maß

Jene Politiker der Opposition, die zweimal mit Hilfe ausländischer Zeitungen einen 40jährigen Minister – zuletzt wegen einer Erinnerungstafel zum Gedenken an die Gründung der österreichischen Luftwaffe unter Nennung ihres Begründers Generaloberst Löhr – zum Rücktritt zwingen wollten, sollten nun ihr Wehgeschrei einstellen. Ihr Klagen ist nämlich nicht glaubwürdig, auch wenn nunmehr ihr Präsidentschaftskandidat betroffen ist. Dieser war Adjutant oder Dolmetsch desselben Generalobersts wegen dessen Erinnerungstafel der Rücktritt Dr. Friedhelm Frischenschlagers gefordert worden war.

Ich will nicht in alten Wunden wühlen, aber rascher und einleuchtender ist Doppelbödigkeit in der Politik nicht nachzuweisen. Rufen wir uns die Sondersitzung des österreichischen Nationalrates Anfang 1985 wieder ins Gedächtnis. Die ÖVP verlangte damals diese Sitzung, um das Ansehen Österreichs im Ausland zu retten. Das „Neue Volksblatt“ vom 1. 2. 1985 führte unter der Überschrift: „*Alois Mock: Das Ansehen Österreichs wieder herstellen*“ dazu aus: „*Die Sondersitzung im Parlament müsse primär dazu verwendet werden, die Reputation im Inland und im Ausland wiederzustellen.*“ *Es gehe darum, sehr rasch Konsequenzen zu ziehen, betonte Mock. Deshalb appellierte er an die SPÖ, wenigstens in diesem Fall, . . . dem Ansehen Österreichs Vorrang vor der Partei einzuräumen.*“

Und am selben Tag schrieb die „Kleine Zeitung“ unter dem Titel: „*Mock: Abstimmung ist ein ‚Testfall für die Prioritäten‘: Ein heutiges Mißtrauensvotum gegen Friedhelm Frischenschlager sei eine Chance, das Ansehen Österreichs rasch und klar wiederherzustellen, meinte gestern ÖVP-Obmann Alois Mock . . . Das Abstimmungsverhalten der SPÖ . . . sei ein Testfall für die Prioritäten, nämlich ob das Partei- oder Staatsinteresse in den Vordergrund gestellt werde.*“

Der Wiener ÖVP-Vizebürgermeister Dr. Busek fand gar Worte wie „Demokratieschande“ für die ganze Regierung, weil der Rücktritt des Ministers, der – was sein politisches Bekenntnis zu Österreich betrifft – zu allen Zeiten untadelig war, nicht erfolgte.

Mehr Rückgrat, meine Herren!

Als Freiheitlicher – 1944 geboren, also zu der Zeit, als der Wahnsinn der Diktatur und des Weltkrieges fast zu Ende war, – halte ich fest:

Mit solchen Diskussionen – damals angeheizt, um die Regierung zu stürzen, heute geführt, um die Präsidentschaft zu entscheiden – zeigt man, wie oftmals mit zweierlei Maß gemessen wird. Kleine Fehler des anderen werden aufgeblasen, aber den Balken im eigenen Auge sieht man nicht!

Das alles erzeugt keine positive Resonanz bei den Österreicherinnen und Österreichern und schon gar nicht bei der österreichischen Jugend. Deswegen hätte Dr. Waldheim gut daran getan zu sagen, daß er damals in dieser Diktatur keine Karrierechancen gehabt hätte, ohne den Anschein zu erwecken, mit den Wölfen zu heulen. Und daß heutzutage alles unternommen werden muß, daß so etwas in Österreich nie mehr passiert.

Die Jugend ist jedenfalls nicht interessiert an Diskussionen, die in Wahrheit keinerlei Bedeutung für die Lösung der Probleme und Fragen unserer Zukunft haben.

Ich fordere daher alle Österreicher auf, ihre Wahlentscheidung einzig und allein von der Frage der besten Repräsentation unserer Heimat im In- und Ausland abhängig zu machen. Wir Freiheitlichen geben keine Empfehlung, wer zu wählen ist.

Charakterfest, erfahren und standhaft bei schwierigen Entscheidungen, so stelle ich mir einen guten Bundespräsidenten vor. Nach dem bisherigen Verlauf des Wahlkampfes müssen wir uns alle wünschen, daß die Entscheidung bereits im ersten Wahlgang fällt. Für unsere Heimat wäre dann jedenfalls kein Anlaß für eine weitere schlechte Presse im Ausland gegeben.

Die Politiker aller Parteien fordere ich auf, endlich einen Schlußstrich unter diese Form der Diskussion der Vergangenheit Österreichs zu ziehen. Denn ein neuer Faschismus, neue totalitäre Strukturen oder ein neuer Diktator haben keine Chance in Österreich oder Westeuropa, solange unser demokratisches System die wesentlichsten Zukunftsaufgaben bewältigen kann: Friedenssicherung in Freiheit, Arbeit für alle Leistungswilligen, leistungsgerechte Einkommensverteilung ohne Parasitentum und Privilegien sowie Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Zu diesen Lebensfragen aller Österreicher geben wir Freiheitlichen eigenständige Antworten und daran werden wir in Zukunft bei Wahlen gemessen werden. Wir lassen uns nicht durch Scheindiskussionen zu decken! Verhindern wir, daß jene alten verkrusteten Strukturen, die wir zu bekämpfen nicht müde werden, einen Nebelvorhang vor unsere Arbeit und Erfolge legen!

Meine Damen und Herren von der Presse!

Zur Demokratisierung gehört neben guten Politikern auch eine funktionierende freie Presse in Österreich. Wenn positive Arbeit von Politikern oder gute Wirtschaftsdaten verschwiegen werden, dann kann genau das zu Resignation und Demokratiemüdigkeit führen. Vor allem, weil man dann nicht mehr glaubt, daß unser System der parlamentarischen Demokratie allen anderen Regierungsformen überlegen ist. Deswegen muß die Bevölkerung auch Positives erfahren. Wir haben plus drei Prozent reales Wirtschaftswachstum, nur zwei Prozent Inflationsrate, sinkende Arbeitslosigkeit und sozialen Frieden. Das Basler Wirtschaftsforschungsinstitut „Prognos“ sagt uns bis zum Jahr 2000 bessere Wirtschaftsdaten als der Bundesrepublik Deutschland oder der Schweiz voraus. Das gibt uns allen Mut für die schwierigen Aufgaben und zeigt, daß wir leistungsbewußte Politiker – und zwar in allen Parteien – haben.

Von der Opposition zur Regierungsverantwortung

Von 1956 bis 1983 waren wir die Oppositionspartei in Österreich. Wir standen als Partei ständig im Schatten der Großparteien und deren Regierungsmacht. Es war ein mühsamer Weg, aus dem politischen Ghetto herauszufinden. Für uns Freiheitliche ging es dabei stets darum, Ideen in die Praxis umzusetzen und nicht nur darum, gegen mangelhafte Politik anderer zu opponieren. Deswegen haben wir trotz großer Schwierigkeiten gerne die Regierungsarbeit begonnen.

Seit 1983 wachsen wir in die neue Rolle als Regierungspartei hinein. Unsere Aufgabe ist es, Österreichs Zukunft mitzugestalten und mitzuverantworten. Wir wollen eine stabile Säule in diesem Land sein, die eine sichere Regierungsmehrheit ermöglicht. Wir sind angetreten, Verkrustungen von politischen Strukturen kritisch zu überprüfen und aufzubrechen sowie Versteinerungen und konservative Verhaltensmuster zu entfernen.

Wir haben uns dem Ideal verschrieben, Österreich im freiheitlichen Geist zu erneuern. Dabei wollen wir nicht stillstehen. Stillstand bedeutet Rückschritt. Denn nur der Zwang zur Erneuerung, der von uns als Veränderungspartei ausgeht, sichert auf Dauer den Fortbestand unserer Demokratie.

Solide Regierungsmehrheit – zahlenmäßig starke Opposition – weltweit ein gesundes Prinzip

Unsere Schwesterpartei, die FDP, kann uns in dieser Beziehung oftmals Vorbild sein. Sie hat in der Bundesrepublik die längste Erfahrung und Praxis als Regierungspartei. Die FDP hat maßgeblich dazu beigetragen, daß in der Bundesrepublik eine solide Regierungsmehrheit stets einer zahlenmäßig starken Opposition gegenüberstand. Das war der demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik nur förderlich. So ist es kein Zufall, daß etwa der deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker dieses Regierungsmodell ständig als demokratiepolitische Notwendigkeit darstellt, unbenommen der Frage, wer in der Regierung vertreten ist.

Auf der ganzen Welt ist es ein gesundes Prinzip, wenn eine sichere Regierungsmehrheit und eine zahlenmäßig starke Opposition die politische Landschaft eines Landes prägen.

Was bringt eine große Koalition?

Dies ist seit 1983 auch in Österreich so. Das von vielen Journalisten oft zurückersehnte Modell der großen Koalition scheidet, sofern das Bedürfnis nach echten Erneuerungswünschen besteht, für Österreich aus. Denn, was hat die große Koalition in Österreich zur Erneuerung unseres Heimatlandes letztlich beigetragen? Nichts.

Die große Koalition führte in Österreich zu einer detaillierten Aufteilung des Staates in einen roten und einen schwarzen Machtbereich. Partei-buchwirtschaft, Proporzunwesen, ja selbst Korruption wurden durch dieses System gefördert. Bei vielen Skandalen in der Geschichte der Zweiten Republik wurde dieses Herrschaftsprinzip offenbar. Solange wir Freiheitlichen nur von der Oppositionsseite davor gewarnt haben, hat sich wenig geändert. Die beiden Großen haben es stets verstanden, nach jedem Skandal rasch zur Tagesarbeit überzugehen, nach der teufelischen Gleichung: Da ein roter Skandal, dort ein schwarzer Skandal, macht zusammen: keinen Skandal! Das war die Methodik der Skandalbewältigung der großen Koalition: Ein paritätischer Skandalausgleich.

Das Privatleben des Österreicher ist parteipolitisch durchdrungen

Das System der großen Koalition machte Österreich auch zu jenem Staat in der westlichen Hemisphäre, der den größten Grad an parteipolitischer Durchdringung des Privatlebens aufweist. ÖVP und SPÖ sind reine Mitgliederparteien. Jeder zweite Wähler von ÖVP oder SPÖ ist zugleich auch Mitglied dieser Parteien. Es gibt keine Demokratie in der westlichen Welt mit so einem Verdichtungsverhältnis zwischen Wähleranzahl und Parteimitgliedschaft wie bei SPÖ und ÖVP.

Jugend soll ihre Anliegen in den Reihen der FPÖ verwirklichen

Kein Wunder, daß sich jene zwei Großparteien zu Zwingherren über die Bürger dieses Landes entwickelt haben.

Jene Staatsbürger, die diesen beklagenswerten Zustand in Österreich ändern wollen, sollten sich auch hier von Scheindiskussionen – zum Beispiel, wenn ein qualifizierter Freiheitlicher eine höhere Position erlangt, daß dann gleich von „blauer Parteibuchwirtschaft“ gesprochen wird – nicht täuschen lassen. Nur eine starke FPÖ verhindert Parteibuchzwang, Nepotismus und Günstlingswirtschaft. Daher rufe ich die österreichische Jugend auf – die gerade diese Auswüchse aufs Härteste zurückweist und bekämpft – sich in unseren Reihen für diese gerechten Anliegen stark zu machen und gemeinsam mit uns diesen Entartungen unserer Gesellschaft ein Ende zu bereiten.

Die Zeit der Alleinregierungen

Nach der großen Koalition gab es absolute Mehrheiten der Großparteien. Die absolute Mehrheit der ÖVP von 1966 blieb eine Episode. Die ÖVP profitierte noch vom alten Wahlrecht, das ihr mit 48 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit an Mandaten einbrachte. Hierauf folgten die Regierungen Kreiskys, die sicherlich als Sonderfall in die Geschichte Österreichs eingehen werden. Letztlich verstand es Bruno Kreisky, weit über die Grenzen seines ureigensten Wählerpotentials hinaus – auch in unserem Reservoir – Wähler für sich und die SPÖ anzusprechen. Viele dieser Wähler sind nun heimatlos geworden. Wir müssen sie gewinnen und ihnen ein neues Zuhause geben.

Meinungsforschung prognostiziert: Keine absolute Mehrheit mehr

Heute stellt sich die Situation bereits ganz anders dar. Sämtliche wichtige Exponenten der Meinungsforschung sagen, daß es zu keiner absoluten Mehrheit einer der beiden Großparteien kommen wird. Und darin liegt auch die große Chance, die Bewährungsprobe für die Freiheitliche Partei Österreichs. Ich kann Ihnen heute schon garantieren: Wir Freiheitlichen werden nichts unversucht lassen, eine Neuauflage einer Koalition zwischen Schwarz und Rot zu verhindern. Schon allein deswegen müssen wir unsere Leistungen, Erfolge und Zielvorstellungen noch bekannter machen, als dies bisher geschehen ist.

Die freiheitlichen Erfolge

Schon in den drei Jahren unserer Regierungsbeteiligung ist es uns gelungen, Österreich von einem Parteienstaat, wo sich zwei Parteien brüderlich die Herrschaft teilten, abzuheben. Wir haben in der Regierung aber noch andere Änderungen zustande gebracht. Die Wirtschaftspolitik, die maßgeblich von freiheitlicher Seite gestaltet und bestimmt wird, weist uns einen Spitzenplatz in Europa zu. Ich habe die Wirtschaftsdaten schon erwähnt. Sie sprechen eine eindeutige Sprache. 1985 war trotz des VOEST-Debakels das beste Wirtschaftsjahr seit vielen Jahren. Als Vizekanzler und Handelsminister reise ich viel in Europa, ja in der ganzen Welt, um Märkte für österreichische Produkte zu erschließen. Häufig wurde mir – von der britischen Premierministerin Margaret Thatcher gar dreimal – die Frage gestellt: „Wie macht Ihr Österreicher das eigentlich, daß Ihr so hervorragende Wirtschaftsdaten aufweist?“

Die Wirtschaft wächst

Wenn dann manchmal so getan wird, als ob es purer Zufall sei, daß nach 13 Jahren sozialistischer Alleinregierung gerade 1983 ein liberaler Wirtschaftskurs begonnen hat – bei dem etwa die Gewerbesteuer ganz gestrichen wurde und demnächst die Körperschaftsteuer fast halbiert werden wird –, dann muß ich entgegenen: Liberale reden nicht nur von notwendiger Eigenkapitalbildung, sondern sie handeln auch danach.



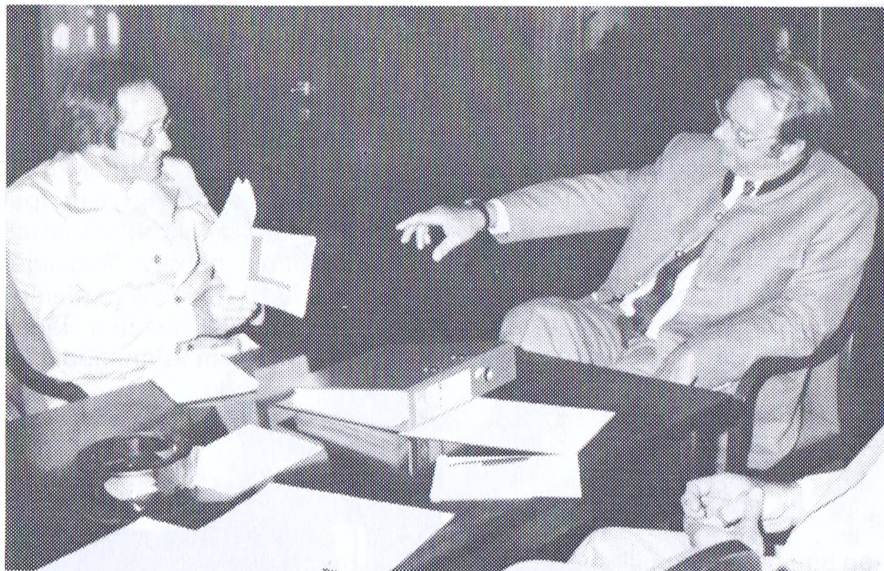
„Klasse statt Masse“, heißt die Devise für den heimischen Fremdenverkehr. Fremdenverkehrsminister Dr. Norbert Steger im Gespräch mit Urlaubsgästen.

Original: Edgar Schepul



Als Energieminister ständig mit Fragen des Umweltschutzes konfrontiert: Energieminister Dr. Norbert Steger begeht die Marchfeldauen.

Original: Bernhard J. Holzner



Sprechtag bei Justizminister Dr. Harald Ofner. Bei den von Harald Ofner eingeführten Ministersprechtagen können die Österreicher ihre Sorgen dem Justizminister persönlich vortragen.

Original: Archiv NFZ



Für „seine“ Soldaten viel erreicht: Bessere Ausrüstung, mehr Geld, mehr Wehrgerechtigkeit: Der „alte“ Verteidigungsminister und neue Klubobmann Dr. Friedhelm Frischenschlager.

Original: Militärkommando Salzburg



Diskussion über Steuerfragen und Finanzpolitik: Staatssekretär Dkfm. Holger Bauer im Gespräch mit Jungwählern.
Original: Bernhard J. Holzner



Reisender in Sachen Umwelt: Staatssekretär Dr. Mario Ferrari-Brunnenfeld recherchiert vor Ort.
Original: M. Ferrari



Der einzige Bauer in der Bundesregierung: Staatssekretär Ing. Gerulf Murer ist Bergbauer.
Original: Foto Osler

Die Umweltpolitik greift

Ich kann und will bei dieser Geburtstagsfeier nicht alle freiheitlichen Erfolge einzeln aufzählen. Aber ein weiterer freiheitlicher Schwerpunkt, die Umweltpolitik, muß erwähnt werden. Auch hier sind wir Österreicher heute in der Welt führend. Selbst die konservative Seite, wie etwa der bundesdeutsche Innenminister Zimmermann, zollte uns hohes Lob und nannte unsere österreichische Umweltpolitik als führend und vorbildlich in Europa. Die Einrichtung des Umweltfonds, die Einführung des bleifreien Benzins, die Schaffung des Vergaserpickerls, die Einführung der Katalysatortechnik, die drastische Reduzierung der SO₂- und NO_x-Emissionen sprechen hier eine sehr deutliche Sprache. Und wenn nach dem Energieförderungsgesetz demnächst auch das Elektrizitätswirtschaftsgesetz im Parlament beschlossen werden wird, dann kann ich heute schon festhalten: Durch das von mir neu eingeführte Bürgerbeteiligungsverfahren werden Vorfälle und Auseinandersetzungen, wie zum Beispiel im Dezember 1984 bei Hainburg, nie mehr wieder stattfinden. Mitsprache und volle Information der Bürger vor der Bewilligung einer Energieanlage garantieren, daß die Austragung demokratischer Konflikte nie mehr mit bürgerkriegsähnlicher Begleitmusik stattfinden wird. Auch das ist für viele Länder vorbildhaft.

Die Sicherheit steigt

Zu unseren freiheitlichen Richtlinien und Grundsätzen gehört auch der Ausbau der inneren und äußeren Sicherheit. Profiverbrechern und Wirtschaftskriminellen wurde auf breiter Linie der Kampf angesagt. Wenn aber dann Skandale öffentlich bekannt und nicht – wie früher – unter den Teppich gekehrt werden, sollten wir bei der Wahrheit bleiben: Skandale hat es auch früher gegeben, aber jetzt werden sie verfolgt und dadurch auch dementsprechend bekannt.

Wir Freiheitlichen lieben unsere Heimat und wollen unsere Neutralität, unsere Souveränität und unsere Freiheit unter Einsatz aller uns zur Verfügung stehenden Mittel wahren. Freiheitliche Sicherheitspolitik hat auch hier neue Wege gewiesen. Umso überraschter waren wir, daß die ÖVP zuerst für einen Flugzeugtyp zur Luftraumüberwachung gestimmt, dann allerdings dagegen opponiert hat. In der Diskussion rund um diese Flugzeuge verstieg sich Dr. Busek schließlich sogar dazu, das Bundesheer überhaupt in Frage zu stellen. Diese Angriffe haben wir abgewehrt.

Es bleibt noch viel zu tun!

Dennoch waren diese drei Jahre freiheitlicher Regierungsbeteiligung noch zu kurz, um alle unsere Grundsätze, Leitlinien und Zielvorstellungen durchsetzen zu können. Es bleibt noch viel zu tun.

Doch kann bereits eine Zwischenbilanz gezogen werden. Wir sind dabei, jenes Liberalismusdefizit, das Österreich im Vergleich zu anderen westeuropäischen Staaten aufweist, aufzuholen. Wir befinden uns seit 1983 auf dem Weg, der freiheitlichen Demokratie entgegen der erstarrten Parteibuchwirtschaft zum Durchbruch zu verhelfen.

Schach dem Proporz

Gerade beim VOEST-Debakel läßt sich sehr schön nachweisen, was wir Freiheitlichen darunter verstehen. Hier hat die freiheitliche Handschrift sehr deutlich dafür gesorgt, daß die Wurzeln des großkoalitionären Parteienproporz zerschlagen wurden. Das Befähigungszeugnis für Manager in der verstaatlichten Industrie ist nun nicht mehr das Parteibuch, sondern ihre Qualifikation, ihre Ausbildung und ihre Leistungsbereitschaft.

Dennoch bleiben noch viele Bereiche, wo dieser großkoalitionäre Parteienproporz nach wie vor existiert. Manche Bereiche der Verstaatlichten, des Bankenapparates, der Sozialversicherung oder etwa des ORF müssen erst reformiert werden. Der Skandal rund um die Bundesländerversicherung zeigte einmal mehr, wie untauglich sich die enge Verquickung von Wirtschaft und Parteipolitik für den Erfolg eines Unternehmens erweist.

Diese Strukturen gilt es aufzubrechen. Zum Ärger unserer Gegner werden wir dies schaffen. Lassen Sie sich daher durch jahrelange Untergangsprophezeiungen nicht verunsichern. Fehlprognosen von Instituten sind wir seit Jahrzehnten gewöhnt.

Ausbau der Grundrechte

Der Ausbau der Bürgerrechte, die Neuüberdenkung und Neuformulierung des Grundrechtskataloges braucht unsere ganze Kraft.

Hier schließen wir an uralte liberale Traditionen an. Schließlich waren es Liberale, die im vergangenen Jahrhundert die Grund- und Freiheitsrechte und den Verfassungsstaat erkämpft haben. Hans Kudlich und Anton Ritter von Schmerling sind nur zwei – oft genannte – Exponenten unseres Lagers, die sich ganz dafür engagierten.

Früher war es der Kampf gegen die Machtkonzentration des Staates. Heute haben wir Liberale das Problem der Machtkonzentration in anderen gesellschaftlichen Bereichen zu lösen.

Im Zweifel für die Freiheit

Wir Liberale sind daher angetreten, diese neuen großen Gefahren für die menschliche Freiheit – also die Entartungen von Bürokratie, Technikokratie und Zentralismus – zu bekämpfen.

„Im Zweifel für die Freiheit“, war die Kurzformel des großen Liberalen Karl Hermann Flach – damals wie heute ein echter Kampfpruf! Gegen Fremdbestimmtheit, Parteienunterdrückung und Gleichmacherei und für Eigenentscheidung, Eigenvorsorge, Leistungsförderung und Deregulation, heißen jene politischen Grundsätze, mit denen Liberale weltweit im Vormarsch sind. Resignation ist unangebracht. Wir Freiheitlichen bleiben Optimisten. Die demokratische Substanzzerstörung durch Resignation – „da kannst' nichts machen“ – akzeptieren Liberale nicht.

Mehr Freiheit für alle!

Daher ist es für uns eine ständige Herausforderung, wachsam zu sein und evolutionärer Weise den Freiheitsraum aller Menschen zu vergrößern.

Wie ich schon sagte: Wir ringen danach, überkommene, veraltete und verkrustete Strukturen aufzubrechen. Mehr Eigeninitiative, weniger Staat, heißt unsere Devise.

So treten wir zum Beispiel für eine Liberalisierung der Gewerbeordnung ein, die das Selbständigsein und Selbständigwerden erleichtern soll; oder für flexiblere Ladenöffnungszeiten, die nicht zuletzt den einkommensschwächeren Schichten ermöglichen sollen, bessere Preisvergleiche ohne Zeitdruck anzustellen.

Mit diesen kleinen Schritten wollen wir Österreich an das westliche Europa näher heranführen. Denn wir müssen konkurrenzfähiger werden. Je liberaler Österreich wird, umso schneller und eher erreichen wir gemeinsam Europareife.

Der Weg nach Europa

Die europäische Konföderation bleibt unser Ziel. Auch wenn es derzeit nicht Regierungsprogramm ist, so halte ich doch fest: Wir Freiheitlichen halten es auch für möglich, daß Österreich eines Tages der EG beitrifft, ohne seine Neutralität aufzugeben. Unser Ziel heißt Europa. Wir meinen damit aber kein Europa der Milchkühe oder der Fleischkontingentierungen. Wir meinen ein friedliches Europa ohne Kriegsdrohung und Atomangst. Wir meinen ein Europa, in dem es ein starres „Ost-West-Denken“ nicht mehr gibt.

In einer europäischen Konföderation könnte jedes Volk auf der Grundlage der Selbstbestimmung seine Eigenart bewahren. Das ist der moderne föderalistische Grundsatz im europäischen Geiste. Gerade wir Österreicher haben – bedingt durch unsere Tradition – eine besondere Brückenfunktion zur Sicherung des ständigen Friedensdialoges zwischen Ost und West.

Freiheitliche bleiben Aktivelement

Es liegt an uns Freiheitlichen, der Impulsgeber und das Aktivelement in Österreich für alle diese Veränderungen zu sein.

Was den Begriff der Freiheit betrifft, haben wir es in Österreich nicht leicht. Die historische Entwicklung Österreichs hat die Menschen in diesem Land geprägt. Untertanenmentalität behindert die freiheitliche Geisteshaltung. So zeichnet sich der Österreicher durch ein großes Bedürfnis und Verlangen nach Sicherheit aus. Er ist risikoscheu und er ist nach wie vor von der Wiege bis zur Bahre parteipolitisch dominiert. Im Kindergarten beginnt, im Seniorenheim endet die parteipolitische Einflußnahme. Dies macht Menschen natürlich auch abhängig. Hier wollen wir den Österreichern zu mehr Mündigkeit und Kritikfähigkeit verhelfen. Ganz im Sinne Immanuel Kants, des großen Philosophen der Freiheit, der sagte: „Mündig ist, der sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen bedient.“

Ich gebe zu, manchen unserer Anhänger fehlt das Erfolgserlebnis, um an die Chancen unseres Programms zu glauben. Aber selbst diejenigen, die daran zweifeln – von der Notwendigkeit der Erneuerung Österreichs, die nur durch uns kommen kann, sind sie wie alle Freiheitlichen überzeugt.

Einsteigen lohnt sich!

Wer noch zweifelnd abseits steht, dem rufen wir zu: Mit Aussteigen sind die Probleme unserer Zeit nicht gelöst! Einsteigen lohnt sich! Mitgestalten und Mitbestimmen heißt unser Leitsatz. Gegen konservative Miesmacherei und gegen sozialistische Gleichmacherei kämpfen wir für eine weltoffene, leistungsfreundliche politische Erneuerung!

Österreich benötigt eine starke FPÖ, um nicht, im rot-schwarzen Strickmuster eingeengt, Erstickungsanfälle zu erleiden.

Das ist das Wichtigste, was wir der FPÖ ins nächste Jahrzehnt ihres Bestandes mitgeben können: Österreich braucht eine starke FPÖ. Sorgen wir gemeinsam dafür, daß es uns als starke Reformkraft weiterhin gibt.

Dieses Versprechen soll unser gemeinsames Geburtstagsgeschenk an unsere FPÖ, aber auch an alle Gründungsmitglieder und an all jene sein, die jahrzehntelang als Freiheitliche für Österreich gearbeitet haben.

Ihnen allen ein herzliches „Glück auf“ für Österreichs Zukunft!



„Steigen Sie ein“, ist das Motto des Blauen Busses. Freiheitliche Spitzenpolitiker bereisen mit dem Blauen Bus im Frühsommer 1986 ganz Österreich, um die Sorgen und Probleme der Österreicher in vielen tausend persönlichen Gesprächen zu hören und um über freiheitliche Leistungen, Erfolge und Zielvorstellungen zu informieren. Die Freiheitlichen fordern die Österreicher auf, bei ihnen mitzukun, denn: Österreich braucht „Einsteiger“. Einsteigen lohnt sich daher!

Original: Bernhard J. Holzner

Die Autoren:

Erwin Hirnschall, Dr. jur., Gemeinderat und LAbg. in Wien, geschäftsführender Landesparteiobmann der Wiener FPÖ.

Wolfgang Mischnik, Fraktionsvorsitzender der FDP im Deutschen Bundestag.

Friedrich Peter, Altklubobmann der FPÖ-Nationalratsfraktion.

Horst Schender, LAbg., Landesparteiobmann der FPÖ Oberösterreich, Obmann des Freiheitlichen Bildungswerkes.

Urs Schöttli, Vizepräsident und Generalsekretär der Liberalen Internationalen (LI).

Norbert Steger, Dr. jur., Vizekanzler und Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, Bundesparteiobmann der FPÖ.

Titelblatt – Idee und Entwurf: **Andrea Göpfrich**
Druckfahnenkorrektur: **Mag. Maria Luise Janota**
Gestaltung und Gesamtedaktion: **Dr. Wilhelm F. Kroupa**

© Juni 1986 – Freiheitliches Bildungswerk. Alle Rechte vorbehalten.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: FREIHEITLICHES BILDUNGSWERK,
1010 Wien, Grillparzerstraße 7/7 a.

Druck: Ziegler, 4560 Kirchdorf a. d. Krems, Hauptplatz 23